



Flüchtlingsrat Brandenburg

Eisenhartstr.13

14469 Potsdam

Tel./ Fax: 0331-716499

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de

www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Informationsrundbrief des Flüchtlingsrats Brandenburg

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam

KtoNr.: 350 10 10 000, BLZ: 160 500 00

Protokoll der Sitzung des FR vom 29.3.2006 Infodienst März 2006

Anwesende: K. Nauditt (Argo), J. Dittmar, U. Gäbel (Awo-Heimatgarten Berlin), A. , H. Glöde (FR), V. Everhartz (FR), Müller (Ini für Begegnung, Potsdam), A. Olszewska (Belladonna e.V.), K. Wendel (Operperspektive), H. Kusch (DW Potsdam), S. Greger (FR), J. Gleitze (FR), später: G. Wermerskirch (Argo), I. Gelhaar-Heider (Forum Lübben, FR)

FILMTIP

Let's Break (Adil geht)

Ein Film von Esther Gronenborn mit Ali Biryar, Ahmedin Camdzic, Sabine Krause 93 min, BRD 2004

Kinostart in Berlin am 06. April 2006

in den Kinos Blow Up, Nickelodeon, Movimiento:

- * Blow Up: täglich 21:30 Uhr / Immanuelkirchstraße 14; 10405 Berlin-Prenzlberg (Nähe Greifswalder Str / Prenzlauer Allee)
- * Movimiento: täglich 21:30 / Kottbusser Damm 22; 10967 Berlin-Kreuzberg (U-Bahn Schönleinstr.)
- * Nickelodeon: 1.+3. Woche: 21:00 Uhr, 2.Woche: 18:00 Uhr / Torstraße 216; 10115 Berlin-Mitte (S-Bahn Oranienburger Str, U-Bahn Oranienburger Tor oder Rosenthaler Platz)

Filmbeschreibung:

Die Freunde Adil, Jonni, Elvis und Idris eint ihre große Faszination für Breakdance. Gemeinsam trainieren sie für einen überregionalen Tanzwettbewerb. Neben Ihrer Leidenschaft für den Tanz teilen sie aber auch ein ähnliches Schicksal: Sie leben als geduldete Flüchtlinge ein fast normales Leben in einer deutschen Kleinstadt. Doch als Adil mit seiner Familie abgeschoben werden soll, läuft alles aus dem Ruder. Für die Musik und den Soundtrack haben Stars der Szene wie Kool Savas mit seiner Optik Crew, DJ Mesia und Roots Manuva mitgewirkt.

TOPs:

1. **Blitzlicht**
2. **Das Projekt AWO - HEIMATGARTEN Berlin zur Rückkehrförderung/-hilfe stellt sich vor.**
3. **Bundesweiter Aktionstag zum Bleibrecht am 22.4.2006 - Jugend ohne Grenzen, Brandenburg und Berlin und die geplanten Aktionen**
4. **Fortbildungsangebote des FR: wir suchen noch Anregung und Wünsche zu den Themen "Arbeit und Ausbildung" sowie "welche Richtlinien der EU sind in der Beratungsarbeit relevant"**
5. **DENKZETTEL 2006 - Die Verleihung am 21.3. und ihre Folgen**
6. **Weitere Themen aus den Arbeitsgruppen des FR: AK Tschetschenien: Wollen wir eine Fotoausstellung zu den Kriegen in Tschetschenien nach Brandenburg holen? - AG Heime: Besuch in Bahnsdorf - AG Zuwanderung: wie geht der FR mit den fatalen Plänen der Änderung des ZuwG um? Handlungsmöglichkeiten? - AG Weiterbildung: Seminarinhalte**
7. **Weitere Themen**

1. Blitzlicht

1. **Gespräch mit der Landesausländerbeauftragten:** wird mit 3-4 VertreterInnen des FR am 3.4. stattfinden. Hier soll es um die zukünftige Zusammenarbeit gehen, da die LAB Almuth Berger im September in Ruhestand geht und die Gerüchte um einen wie auch immer gearteten Fortbestand des Büros ihre Kreise ziehen.
2. **Härtefallkommission Brandenburg:** der FR hat einen neuen Vertreter in der HFK: RA Marcus Reinert. Er ersetzt Netti Omorodion, die aus Kapazitätsgründen aufhören muss. An dieser Stelle noch einmal vielen Dank für die engagierte Mitarbeit!!!
3. **Am 22.5. wird das Gespräch im Innenministerium** mit FR und Flüchtlingen sowie Ausländerbeauftragten zur **Situation Ausbildung von jugendlichen Flüchtlingen** stattfinden. Gibt es noch Anregungen, was in das Gespräch mit getragen werden soll? Dann bitte an den Vertreter des FR gloede@fluechtlingsrat-brandenburg.de mailen, der das Treffen koordiniert.
4. **Recherchereise Italien:** für die Stiftung Pro Asyl werden Judith Gleitze und die Ethnologin Silja Klepp 14 Tage Sizilien und Kalabrien besuchen und dort Interviews mit FlüchtlingshelferInnen und Flüchtlingen führen. Titel des Projektes ist „Auslagerung des Flüchtlingsschutzes an den EU-Außengrenzen“, Anstoß zu der Fahrt gab die unhaltbare Situation der Flüchtlinge, die in Süditalien anlanden und oftmals direkt nach Libyen zurückgefliegen oder aber in Lagern eingesperrt werden ohne je eine realistische Chance auf einen Asylantragstellung zu erhalten. Geplant sind Gespräche mit Juristen vor Ort, die sich um die Flüchtlinge kümmern, Ärzte ohne Grenzen, Besuch in einem Heim für unbegleitete Minderjährige, Mitarbeitern in antirassistischen Netzwerken Siziliens, Mitarbeiter von CARITAS und Ital. Flüchtlingsrat im Lager Crotone (Kalabrien) sowie mit Vertretern der Präfektur Crotone und der Ausländerpolizei Crotone. Ein Zugang zu den Lagern, um direkt mit Flüchtlingen zu sprechen, ist nicht möglich in Italien, so werden wohl vor allem Interviews mit jungen unbegleiteten Flüchtlingen geführt werden, die direkt aus Lampedusa nach Sizilien kommen. Bisher vorgesehene Orte für die Interviews sind: Palermo/ Agrigento/ Porto Empedocle/ Montevago in Sizilien und Crotone in Kalabrien (hier kommen die meisten Flüchtlinge aus Lampedusa hin, wenn sie nicht in Sizilien bleiben). Es wird eine Dokumentation der Fahrt geben. (Termin der Fahrt ist 18.4.-1.5.06).
5. **Flüchtlingsräte treffen sich zur EUROPA-AG** in Hamburg am 27.3.2006: die FRs Hamburg, Schleswig-Holstein, Brandenburg (und diesmal nicht anwesend Bayern und Hessen) und Pro Asyl haben eine AG vereinbart, in der das Thema EU diskutiert werden soll: Zentrale künftige Frage für das solidaritätspolitische Engagement im EUOPAKontext ist das Anliegen, wie künftig auch bei einer erfolgreichen EU-Abschottungspolitik der Zugang zum Territorium der EU gewährleistet werden kann. Wie können wir die Thematik der Basis vermitteln - wie können wir auf die sinkenden Flüchtlingszahlen reagieren - Einzelschicksalsvermittlung neben Vermittlung der Richtlinieninhalte etc. Ein Kurzprotokoll des Treffens liegt vor und kann im FR abgerufen werden.
6. **Weitere AGs des FR Brandenburg:** Wir würden gern die AG „TRAUMA“ ins direkte Flüchtlingsratsarbeitsleben berufen - wer hat Interesse an der Mitarbeit in einer solchen Arbeitsgruppe? Es geht hier vor allem um die Versorgung (oder besser Nicht-Versorgung)

traumatisierter Flüchtlinge in Brandenburg. Bitte im Büro melden. Gleiches gilt für die **AG „BERATUNG und BETREUUNG“**. Beide AGs waren Teil der Arbeitsgruppen im Integrationsbeirat, sollen nun aber als eigenständige AGs des Entimon-Projektes weiter bestehen. Infos zu bisher gelaufenem und Ideen im Büro.

7. Heimbroschüre des FR: die neuen Broschüre, die niedrigschwellig die Probleme der Heimunterkunft in Brandenburg vermittelt, ist bald vergriffen – wer noch welche möchte, bitte im Büro melden!!!

2. Das Projekt AWO-Heimtagarten stellt sich vor

Zwei Mitarbeiterinnen des Projektes Heimatgarten haben sich und die neue Arbeitsstelle des Projektes in Berlin vorgestellt. Heimatgarten versucht die Flüchtlinge bei ihrer Rückkehr zu unterstützen, die freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückkehren wollen. Sie haben verschiedene MitarbeiterInnen in einigen Herkunftsländern, die die Rückkehrer dort betreuen können. Zum Teil handelt es sich bei diesen MitarbeiterInnen um angestellte Projektmitarbeiter zum Teil haben sich aber auch Personen vor Ort bereit erklärt für eine Aufwandsentschädigung die Rückkehrer regelmäßig zu besuchen. Finanzielle Unterstützung gibt es nur, wenn mit den Sozialämtern oder anderen Stellen eine solche ausgehandelt werden kann. Es werden Rückkehrungen überallhin organisiert außer nach Afghanistan oder in den Irak.

3. Bundesweiter Aktionstag zum Bleiberecht am 22.4.2006

Am 22.4.06 ist ein bundesweiter Aktionstag zum Bleiberecht geplant. Die Initiative „Jugend ohne Grenzen Brandenburg“ plant eine Aktion in Potsdam, die jedoch noch nicht genau festgelegt ist. Der Aufruf zu den geplanten Veranstaltungen in Berlin und Brandenburg ist unten beigefügt.

4. Fortbildungsangebote des FR

Es sind 2 Seminare des FR geplant:

Am **15.5.2006**, 11–16 Uhr, Potsdam: **„Arbeit und Ausbildung für Flüchtlinge – was geht da noch?“**
Ort wird noch bekannt gegeben, Referent: Claudius Voigt, GGUA Münster

Am **19.6.2006**: 10–16 Uhr, Potsdam, **„Welche Richtlinien der EU sind in der Beratungsarbeit relevant?“** Referent: Ekkehard Hollmann, Jurist, Infoverbund Asyl

Eine Ausschreibung folgt noch!

5. DENKZETTEL 2006

Dieses Jahr wurde der Denkkettel für strukturellen und systeminternen Rassismus für den Erhalt der katastrophalen Flüchtlingsunterkunft Waldsiedersdorf verliehen. Der Flüchtlingsrat hat sich hier die fünf Hauptverantwortlichen herausgepickt und ihnen von einer öffentlichen Aktion in Strausberg die Urkunden direkt zukommen lassen. Der Denkkettel ging somit an Herrn H.-G. Klepzig, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben; Herrn Jürgen Reinking, Landrat a.D. MOL; Herrn Thomas Böduel, Sozialamtsleiter MOL; Herrn Harri Seeländer, Sozialpark MOL und den Filz der gesamten Bürokratie. Mit den unterschiedlichen Empfängern der Auszeichnung sollte deutlich gemacht werden, dass die Umzugsverzögerungen hätten durchaus verhindert werden können, wenn nicht immer wieder die Verantwortung für die Verzögerungen vom einen auf den nächsten geschoben worden wären. Bereits seit drei Jahren wird den Bewohnern in Waldsiedersdorf nun schonversprochen, dass der Umzug schon bald geschehen werde und seit drei Jahren harren die Menschen mitten im Wald aus.

Die Verleihung war mit einer Abendveranstaltung in Strausberg verknüpft, zu der auch Strausberger Stadtverordnete erschienen sind. Gemeinsam konnte hier ein Termin gefunden

werden, zu dem sich alle Verantwortlichen an einen Tisch setzen sollen, um ganz konkret die nächsten Schritte zum endgültigen Umzug zu planen.

6. Themen aus den Arbeitsgruppen

AG Heime: Besuch in Bahnsdorf....

AK Tschetschenien: Der AK hat das Angebot bekommen, eine Ausstellung mit Kriegsbildern, größtenteils aus Grosny, nach Berlin/Brandenburg zu holen. Es gilt noch zu klären, wie viele Stelltafeln es sind und wie wir die Ausstellung finanzieren: die Texte zu den Bildern müssen übersetzt werden (derzeit polnisch), Transport der Tafeln, Räume etc. Der FR ist sehr dafür, zumindest Teile der Ausstellung auch nach Brandenburg zu holen, da das Thema hier noch viel zu unbekannt ist. Zudem haben wir erfahren, dass 3 Familien aus Tschetschenien als offensichtlich unbegründet abgelehnt wurden und also demnach mit der Abschiebung rechnen müssen. Da im Herbst – dem geplanten Ausstellungstermin – auch eine Ausstellung mit Kinderzeichnungen aus Tschetschenien in Berlin stattfinden soll, wird der AK im nächsten Treffen das weitere Vorgehen auch rund um das Rahmenprogramm besprechen. Wer noch Ideen für Orte der Ausstellung hat – bitte ans Büro weitergeben. Das nächste treffen des AK Tschetschenien ist am 22.4. um 9:30 Uhr im Büro des Mehringhofs in Berlin – genaue Adresse im Büro erhältlich.

AG Zuwanderung: bis zum Sommer 06 sollen die Bundestagsabgeordneten aus Brandenburg angesprochen werden. Sie sollen auf die Schwachstellen des ZuwG hingewiesen und darüber informiert werden, damit unsere Forderungen auch im Bundestag diskutiert werden können.

AG Weiterbildung: für die nächsten Seminare wurden Termine festgelegt: zum Thema Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge wird 15.05.06 ein ganztägiges Seminar mit dem Referenten Claudius Voigt stattfinden. Zum Thema ER-Richtlinien und deren Relevanz für die Beratungsarbeit wird am 19.06.06 ein Seminar mit Eckehart Vollmer stattfinden. Für ersteres wurde die Ankündigung bereits versandt und ist unter www.fluechtlingsrat-brandenburg.de einzusehen. Für zweiteres ist noch keine Ankündigung raus.

Der Anhang:

- Infodienst
- Termine
- Bücher und Broschüren
- Rundbriefe anderer FRs und Gruppen
- Urteile
- Tipps und Sonstiges
- Brandenburg Live
- Pro Asyl Infomappe
- UNHCR stellt Online-Spiel über Flüchtlinge vor
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Landesverband Brandenburg PM 31 – 20.3.2006: Potsdamer Prozess wirft Schlaglicht auf Organisationsgrad und Gewaltbereitschaft von Rechtsextremen im Land
- Aufruf bundesweiter Aktionstag Bleibrecht 22.4.06
- Aufruf IMK im Mai und Bleiberecht

Infodienst: Neues vom März 2006

LÄNDERINFOS:

- Pro Asyl Presseerklärung 23. März 2006: PRO ASYL fordert Innenminister Schäuble auf, eine gesetzliche **Bleiberechtsregelung** zu initiieren. **Abschiebungen nach Afghanistan** unverantwortlich (23.3.06–PEs Pro Asyl, Länderinfos Afghanistan)

- Aus der NRW-Schnellinfo Nr. 2, März 2006: Erlass des IM NRW: **Gespräche über Rückführung in den Kosovo am 12./13. Januar 2006 – Keine Ausweitung des Personenkreises – Neues Meldeverfahren ab 1. März 2006** In seinem Erlass vom 3. Februar 2006 informiert das Innenministerium des Landes NRW über die Ergebnisse der Gespräche mit der UNMIK vom 14./15. Dezember 2005 und dem 12./13. Januar 2006, die in einer neuen „Abgestimmten Niederschrift“ endeten (Az.: 15-39.02.01 -4- 132 Kosovo). In der „Abgestimmten Niederschrift“ wird das weitere Vorgehen bei den Rückführungen von Angehörigen ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo festgelegt. Im Wesentlichen ist vereinbart worden, dass weiterhin nicht mehr als 500 Ashkali und Ägypter pro Monat abgeschoben werden. Roma werden nicht abgeschoben, außer 40 Straftätern. Grundsätzlich bleibt der Nachweis einer „nachhaltigen Unterkunft“ Voraussetzung für die Zustimmung der UNMIK. Außerdem wurde ein neues Prüfverfahren auf der Seite der UNMIK ab dem 1. März 2006 vereinbart. In Deutschland leben nach Angaben des Bundesinnenministeriums weiterhin rund 50.000 ausreisepflichtige Kosovaren, von denen 38.000 Angehörige ethnischer Minderheiten sind. In der Mehrheit werden sie zwischen 1988 und 2000 eingereist sein und seit 7 bis 18 Jahren in Deutschland leben. Die deutsche Seite drängt weiterhin auf eine verstärkte Rückführung, während die UNMIK auf die immer noch angespannte und fragile Lage im Kosovo verweist. Zudem dürften die Statusverhandlungen nicht durch eine verstärkte Rückführungspolitik gefährdet werden. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums seien im Durchschnitt des Jahres 2005 50 – 60 % der zur Rückführung gemeldeten Minderheitenangehörigen von der UNMIK abgelehnt worden, bei Ashkali und Ägyptern läge die Quote „mittlerweile“ bei bis zu 85 %. Zu den Einzelheiten der „Abgestimmten Niederschrift“ vom 13. Januar 06:

 - 1. Rückführungsquote von Ashkali und Ägyptern** Weiterhin sollen maximal 500 Ashkali und Ägypter pro Monat zur Abschiebung angemeldet werden. In der vorangegangenen „Abgestimmten Niederschrift“ vom 26. April 2005 war von einer möglichen Ausweitung dieser Zahl ab Januar 2006 die Rede, jedoch hatte die UNMIK im Sommer schon zu einer Begrenzung auf 300 Personen gedrängt. Insofern ist die Zahl von 500 Personen als ein Kompromiss zu werten. In der Praxis scheint diese Zahl nicht erreicht worden zu sein, so dass der Bundesinnenminister Schäuble die Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die die Rückführung koordinieren, bittet, die „Ausschöpfung der Anmeldequote“ sicherzustellen.
 - 2. Keine weitere Rückführung von Roma** Die UNMIK ist weiterhin grundsätzlich nicht bereit, der Abschiebung von Roma zuzustimmen. Nach Angaben des Bundesinnenministers in seinem Schreiben vom 22. Dezember 2005 begründet die UNMIK die Weigerung zur Rücknahme der Roma mit der harschen Kritik in den vorsichtigen Einstieg in die Rückführung von Roma, und den Vorgaben der UNHCR. Der Hohe Flüchtlingskommissar stuft Roma-Angehörige weiterhin als international schutzbedürftig ein. Es bleibt somit bei der Abschiebung von 40 Straftätern, wie es im April letzten Jahres festgelegt worden ist.
 - 3. Nachweis einer „nachhaltigen Unterkunft“** Dieser Punkt hatte zu einer Verhärtung der Fronten zwischen UNMIK und den deutschen Behörden gegen Ende des letzten Jahres beigetragen. So wurden 33 Kosovaren, die am 15. November 2005 abgeschoben wurden, von der UNMIK wegen mangelnder nachhaltiger Unterkunft zurückgewiesen und mussten nach Deutschland zurückgefliegen werden. Die UNMIK besteht darauf, dass eine „nachhaltige Unterkunft“ sichergestellt wird. Sie beruft sich nach Angaben des Bundesinnenministeriums vom 22. Dezember 2005 auf die UN-Resolution 1244, wonach die Rückkehrer das Recht auf die Rückkehr in ihre Häuser bzw. ihren Heimatort hätten. In der Praxis seien die Häuser rückkehrender Ashkali und Ägypter jedoch vielfach besetzt oder zerstört. Die deutsche Seite argumentiert dagegen, dass es eine Vereinbarung aus dem Jahre 2003 gebe, nach der „Fehlende Unterkünfte“ kein Ablehnungsgrund seien. Es sei Aufgabe der UNMIK, für ausreichende und angemessene Unterkünfte zu sorgen. Die UNMIK ist nicht bereit auf den

Ablehnungsgrund „Fehlende Unterkunft“ zu verzichten.

4. Neues Prüfverfahren am dem 1. März 2006 Nach der neuen „Abgestimmten Niederschrift“ vom 13. Januar 2006 übermittelt die deutsche Seite der UNMIK jeweils innerhalb der ersten 10 Tage eine Monats eine Liste der abzuschubenden Personen. Die UNMIK wird dann diese Liste prüfen und der deutschen Seite innerhalb von 33 Tage ihre Bedenken mitteilen. Werden keine Bedenken erhoben, gilt die Zustimmung zur Rückführung als erteilt. Die Flugliste wird von der deutschen Seite 7 Tage vor dem Flugtermin der UNMIK übermittelt. Die UNMIK sichert zu, dass „die auf der (Flug)Liste befindlichen Personen jedoch keiner weiteren Prüfung unterzogen werden“. Sie erhalten den Erlass auf unserer Homepage unter [Rechtsnormen/ Rechtsprechung > Erlasse > Herkunftsländer > Kosovo](#) oder über die Geschäftsstelle.

- **Serbien–Montenegro:** am 14.2.2006 wurde „**Wiederaufnahmebüro**“ für rückgeführte Asylbewerber und illegale Migranten am Belgrader Flughafen eröffnet. Finanzieren tut das Ganze vor allem Schweden, auch die OSZE scheint einen Teil zu tragen. Es arbeiten dort ein Rechtsanwalt, Sozialarbeiter und Mitarbeiter des serbischen Roten Kreuzes: Beratung in Dokumentenbeschaffung, Unterbringung, Gesundheitsfürsorge. Bei längerfristigen Vorgängen oder Sofortversorgung kann das Büro nicht helfen. Minister Ljajic (für Mensch- und Minderheitenrechte) war anwesend und beklagte, die Asylbewerber seien wenig rücksichtsvoll und kämen überhaupt meistens aus dem Kosovo (was nicht stimmt) und fallen nun Serbien zur Last. Warum dann ein Büro in Belgrad, drängt sich als Frage aus...Das Büro entkräftet den Vorwurf, Rückgeschobene seien völlig auf sich gestellt. Aber ein besonderer Bedarf an Betreuung und Hilfe (Krankheiten, Suizidgefährdung...) kann auch hier nicht erfüllt werden. (16.3.2006–11 Serbien und Montenegro)
- **Jutta Graf, Bundestagsfraktion GRÜNE:** Große Anfrage "**Roma in Europa**" der grünen Bundestagsfraktion, 13.3.2006 in den Bundestag eingebracht. Die Antwort der Bundesregierung – mit der bei großen Anfragen erst in einigen Monaten zu rechnen ist – erhalten wir dann ebenfalls. (23.3.06 – Länderinfos–ROMA)
- Neues Deutschland, 9.3.06: **Neue Stabilität in Togo?** / **In der Nacht kommen sie in die Häuser 2** Interviews mit Menschenrechtler Siméon Clumson–Eklou: er **kritisiert Abschiebungen** (13.3.06–Togo12, Länderinfos Togo 2006_03_Interview_...Neues Deutschland und Junge Welt)
- The US Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor, released the **2005 Togo Country Report on Human Rights Practices on March 8, 2006**. To view and download the report, point your browser to the following URL: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61597.htm
- **Lagebericht Auswärtiges Amt TOGO vom Januar 2006**
- **TOGO: Abschiebungsstopp in Mecklenburg–Vorpommern ist mit dem neuen Lagebericht des Auswärtigen Amtes aufgehoben!!!!**
- Schweriner Volkszeitung 22.3.2006: **Abschiebung verletzt Menschenrechte – Ex-Landtagspräsident Hinrich Kuessner: Togoer in der Heimat verhöhrt und geschlagen** (es geht um einen aus Bayern abgeschobenen Togoer) (22.3.–12TOGO)
- Tagesspiegel 9.3.06: **Vor unseren Augen: Ein Aufruf gegen das vergessen – Der Krieg in Tschetschenien muss endlich beendet werden**. Aufruf von André Glucksmann, Václav Havel uvm. (Tschetschenien inter. Organisation, März 2003)

DUBLIN und EUROPA

- Der neue **Report von ECRE zu DUBLIN II** liegt vor – Kurzfassung (ca. 50 Seiten) und Langfassung mit den spezifischen Länderberichten (knapp 200 Seiten), als pdf bei uns abrufbar. (2006_03_DUBLIN II_Ecre – 17.3.2006)
- PE Pro Asyl 16.3.2006: **EU–Verordnung zum Asylrecht abschaffen – Europäische Studie belegt: EU–Asylzuständigkeitsregelung ist unfair, ineffizient und teuer – produziert Elend und gefährdet Flüchtlinge!** (über die ECRE Studie zu DUBLIN II) – (16.3.06–DUBLIN II)

ZUWANDERUNGSGESETZ–SOZIALES/ARBEIT/AUFENTHALTSGESETZ...

- Grüne Bundestag: Am 22.3.06 will die Bundesregierung den Gesetzesentwurf „Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien...“ (Zuwanderungs–Änderungsgesetz) ins Bundeskabinett einbringen. Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN möchte Verbänden Möglichkeiten geben, Kritikpunkte öffentlich dazustellen am 16.3.2006: www.gruen-bundestag.de/cms/service/dok/109/109295.htm
- Zuwanderungsänderungsgesetz 2: PM der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN Nr. 0438, 31.3.2006: Kritik der Kirchen und Verbände ernst nehmen! (2.4.–ZuwGÄG II, 36 b)

BLEIBERECHT

- Hier geblieben Berlin 6.3.06: In NRW hat eine Ortsgruppe von amnesty international (aus Warendorf) eine **Petition an den Deutschen Bundestag** eingereicht, in der gefordert wird, dass die **Beschlüsse der Härtefallkommission für das „Bleiberecht“ von Flüchtlingen für die jeweilige Ausländerbehörde bindend** sind! Die Petition ist zu finden: http://itc.npapier.ac.uk/e-Petition/bundestag/view_petition.asp?PetitionID=72
- Tagesspiegel vom 24./25.3.2006: Einwanderungspolitik: Der Streit um das Bleiberecht für Flüchtlinge – Unter Gleichgesinnten: Junge Ausländer kämpfen um einen dauerhaften Aufenthaltsstatus // Regelungen für Zuwanderer werden neu diskutiert: Innensenator hofft auf bundeseinheitliche Lösung für Menschen, die hier seit Jahren nur geduldet sind. (3.4.–Bleiberecht Berlin)

ABSCHIEBUNG/ABSCHIEBUNGSHAFT

- Frankfurter Rundschau 1.3.2006: Europarat kritisiert **Abschiebehaft in Hamburg** – Lebensbedingungen in Holstenglacis laut Anti-Folter-Kommission (CPT) „völlig inakzeptabel“. Ähnliche Bericht auch im Hamburger Abendblatt, insgesamt hat das CPT wohl an ALLEN Abschiebungshaftanstalten Kritik geübt. (1.3.06–14CPT)
- **Abschiebeprotest im Frankfurter Flughafen: Verfassungsbeschwerde:** Aktionsbündnis gg. Abschiebungen Rhein–Main hat gegen das Urteil des BBH zu Protesten am Flughafen Verfassungsbeschwerde eingereicht. Text: Abschiebungen_Hessen_2006_04_verfassungsbeschwerde
- PM 30.3.06 no lager Halle: **Prozess gegen die Einweisung eines Flüchtlings in die Zentrale Abschiebestelle** – Übersetzung völlig unzureichend – Befangenheitsantrag gegen Richter J. abgelehnt (2.4.06–14Ausreisezentren Sachen–Anhalt)
- PM 27.3.06 FR Schleswig–Holstein: **Kein Aprilscherz: Dauerkasernierung von Schutzbedürftigen in S–H** – FR protestiert gegen Inbetriebnahme des neuen „Ausreisezentrums“ in Neumünster und fordert umgehende Schließung (2.4.06–154 Ausreisezentren S–H)
- Informations- und Kriterienkatalog zu Fragen der **ärztlichen Mitwirkung bei Rückführungsfragen**, NRW 11/2004 (04/2006 – 14–Abschiebungen Flugreisetauglichkeit)
- IM NRW 10/2004: Rückführung ausländischer Staatsangehöriger auf dem Luftweg – Vorlage von Flugreisetauglichkeitsbescheinigungen: es muss tatsächlich Anhaltspunkte für gesundheitliche Beeinträchtigung geben, um nicht flugtauglich zu sein, z.B. akute Verletzungen, Krankheiten mit aktuellen Auswirkungen, Suizidversuche, Suchtkranke... (04/2006 – 14–Abschiebungen Flugreisetauglichkeit)

BRANDENBURG

- PM 24 Landesverband GRÜNE: **Bunt statt Braun** – Landesvorstand und Kreisvorstand Dahme–Spreewald rufen zur Gegendemonstration in Halbe auf – Gegen Aufmarsch der Rechten am 11.3. (8.3.06–21Rassismus BB)
- PM 21 Landesverband Grüne 6.3.06: Wer bei Projekten gegen Rechtsextremismus kürzt verdrängt die Realität (6.3.06–21RassismusBB)

RASSISMUS

- **OURY JALLOH – Feuertod in der Zelle noch ungesühnt, Nebenklage der Eltern abgelehnt** (www.berlinonline.de/berliner-zeitung/politik/538735.html -- Die neuesten Entwicklungen aus Dessau/die Vertuschung geht weiter, 31.3.06, Ini in Gedenken an Oury Jalloh – „Wir denken, dass Oury J. ermordet wurde“, Junge Welt 30.3.06, Interview mit Ini-Aktivist F. Douglas – Demobericht aus Desaa am 1.4.06 „Gegen rassistische Staatsgewalt, Vertuschung und Straflosigkeit und zur Aufklärung des Todesfalls Oury Jalloh“ (alle 2.4.06, 21 Rassismus andere Bundesländer–Sachsen–Anhalt)

DIVERSES

- **Erlass wohnsitzbeschränkende Auflagen Schleswig-Holstein neu:** Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein <<http://www.frsh.de>> dokumentiert einen neuen Erlass des *Innenministeriums Schleswig-Holstein* im Internet: 3.2.2006, <http://www.frsh.de/behoe/erlass.html>>Ausländerrecht: hier: Bundeseinheitliche Verfahrensweise bei wohnsitzbeschränkenden Auflagen
- **Fragebogen zur Einbürgerung in SACHSEN:**
www.lvz-online.de/downloads/dokus/20060321_fragebogensachsen.pdf
- **Nachrichten vom Roten Planeten:** Informationen rund um und gegen das G8-treffen 2007 in Heiligendamm. Zeitschrift, Ausgabe 01/06 von G8-Xtra: ak-alayse und kritik, arranca!! Fantomas und so oder so. Die Zeitung kann bezogen werden unter: g8extra@g8-2007.de. Es können auch weitere Materialien bezogen werden.

Termine	
3.-6.5.2006	Zweite Kinder- und Jugendlichenkonferenz „Jugendliche ohne Grenzen“ in Garmisch-Partenkirchen rund um die Innenministerkonferenz. Siehe unten
11.5.06	HÄRTE MIT SYSTEM – Wie Deutschland abschiebt. Beitrag im WDR, 11.5.06, 23:15 Uhr. Ein Film von Birand Bingül, Pagonis Pagonakis u. Jutta Pinzler Kontakt zu Herrn Pagonakis: 0171 – 41 49 538

„Jugendliche ohne Grenzen“ sagen „Hier geblieben!“

Jugendkonferenz vom 04.-07. Mai 2006 in Garmisch – Partenkirchen

Vorläufiges Tagungsprogramm:

Mittwoch, 03.05.	Donnerstag, 04.05	Freitag, 05.05.	Samstag, 06.05.
<p>17.00, München Demonstration auf dem Marinenplatz am Abend Anreise nach Garmisch über München</p>	<p>Aktionstag I: 9.30 Öffentliche Eröffnung der Konferenz 11.00 - 13.00 Pressekonferenz gem. mit Pro Asyl parallel: Workshops 14.00 Übergabe eines (fair gehandelten) Fußballs und unseres Appells an die Innenminister 15.00 Umzug zum Fußballplatz 16.00 – 17.30 <i>Fußballturnier fürs Bleiberecht.</i> Es spielen: - Jugendliche ohne Grenzen,- lokales Team - die Innenminister? parallel: Aktionen in der Innenstadt und am Spielort 19.00 – 21.00 GRIPS-Theaterstück „Hier geblieben!“ ab 21.00</p>	<p>Aktionstag II: 9.00: Workshops parallel: Aktion auf der Zugspitze 11:30 Plenum: Auswertung Workshops 14.00 Ergebnis der Innenministerkonferenz 15.30 Reaktion auf Ergebnis der IMK: Presseerklärung Kundgebung/Aktionen in der Innenstadt ab 19.00 Grillen</p>	<p>10.00 -12.00 Plenum: „Wie geht's weiter?“ Abschlussforum und Verabschiedung ab 13.00 Abreise</p>

	Party mit Live-Musik		
--	----------------------	--	--

info@nord-sued-bruecken.de, 31.3.2006

„Alles, was ich über Solidarität weiß, habe ich beim Fußball gelernt!“ Albert Camus)

Entwicklungspolitische WM-Eröffnungsfeier

Am 09. Juni 2006, ab 13.00 Uhr, Haus der Demokratie, Berlin

Auch die Stiftung entzieht sich dem Fußball-Großereignis im Sommer 2006 nicht und lädt am 09. Juni 2006 zu einer WM-Eröffnungsfeier mit entwicklungspolitischer Diskussion ein.

Im Haus der Demokratie in Berlin wollen wir uns zusammen mit Fachkundigen und entwicklungspolitisch Engagierten mit den solidarischen und den unsozialen Seiten des Fußballs auseinandersetzen und Kooperationen von Fußball, Sport und Entwicklung zur Diskussion stellen. Im Rahmenprogramm sind außerdem ein Theaterstück, ein Kurzfilm und die Präsentation von Initiativen der entwicklungspolitischen Kampagnen- und Bildungsarbeit zu Sport und EZ geplant.

Und wir laden schon jetzt dazu ein, am Abend die Live-Übertragung des Eröffnungsspiels Deutschland-Costa Rica auf einer Großbildleinwand mit uns zu schauen. Also den Termin schon mal im Kalender vormerken! Das vollständige Veranstaltungsprogramm gibt es zusammen mit den schriftlichen Einladungen und in Kürze auf unserer Internetseite www.nord-sued-bruecken.de.

Mit besten Grüßen, Eure/ Ihre Stiftung Nord-Süd-Brücken, --

Antje Bernhard, Stiftung Nord-Süd-Brücken, Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin

Tel.: 030 - 42 85 13 85, Fax: 030 - 42 85 13 86, e-mail: info@nord-sued-bruecken.de

www.nord-sued-bruecken.de

6. Fachtagung gegen Abschiebungshaft vom 28.4. bis 30.4.2006 im Liborianum Bildungsstätte des Erzbistums Paderborn, An den Kapuzinern 5-7, 33098 Paderborn

Freitag, 28.4.2006

18.00 Uhr Abendessen

19.00 Uhr Eröffnung des Vernetzungstreffens mit ausführlicher Vorstellungsrunde –
Moderation: Frank Gockel, Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.

20:00 Uhr Abschiebehaft in Frankreich, eine Bestandsaufnahme – Caroline Bollati, Cimade Paris

21.30 Uhr Open End

Samstag, 29.4.06

8.00 Uhr Frühstück

9.00 Uhr Abschiebehaft in England – Emma Ginn, National Coalition of Anti-Deportation Campaigns

10.30 Uhr Stehkaffee

10.45 Uhr Schadensersatz nach rechtswidriger Inhaftierung – Peter Fahlbusch, Rechtsanwalt

12.15 Uhr Vorstellung der Arbeitsgruppen – Dr. Friedrich Wichmann, ai Paderborn

12.30 Uhr Mittagessen

14:00 Uhr Menschenrechte und Solidarität mit Betroffenen – Einführung in die Arbeitsgruppen Hans-Dieter Lurweg, Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.

15:00 Uhr Kaffeepause

15:15 Uhr Arbeit in den Arbeitsgruppen

AG 1 Doppelt und vielfach bestraft? Wechselwirkungen zwischen Straf-, Freiheitsentziehungs- und Ausländerrecht – Christine Graebisch, Verein für Rechtshilfe im Justizvollzug des Landes Bremen e.V.

AG 2 Hungerstreik in der Abschiebungshaft – N.N.

AG 3 Auswirkungen des EU-Rechts auf das nationale Recht, Harmonisierungsbestreben im Bereich der Abschiebungshaft – Nimet Gueller, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Freiburg (angefragt)

AG 4 Motivation und Supervision in der Abschiebungshaft – Prof. Dr. Bernadette Grawe, Katholische Fachhochschule Paderborn

18.00 Uhr Abendessen

19.00 Uhr Auswertung der Arbeitsgruppen – Moderation: Dr. Friedrich Wichmann, ai Paderborn

20.30 Uhr Open End

Sonntag, 30.4.06

8.00 Uhr Frühstück

9.00 Uhr Asylverfahren in der Abschiebungshaft – Birgit Hanke, Rechtsanwältin

10.30 Uhr Stehkaffee

10.45 Uhr Perspektiven der bundesweiten Vernetzung, Abschlussrunde Moderation: Frank Gockel, Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.

12.30 Uhr Mittagessen

13.30 Uhr Feedback und Auswertung

14:00 Uhr Ende der Tagung

Organisatorisches:

Verbindliche Anmeldung bitte bis zum 20.4.06 an: 6. Fachtagung gegen Abschiebungshaft c/o Frank Gockel

Pöppinghauser Str. 20 32756 Detmold, Tel.: 07 00-22 99 77 11, Fax: 0 52 31-60 10 85, Mail: vernetzung@gegenAbschiebehaft.de

Teilnahmebetrag: 50,00 € für hauptamtlich Tätige, 35,00 € für ehrenamtlich Tätige, (zu Entrichten bei der Anreise), Unterbringung: Das Gästehaus Liborianum bietet für eine begrenzte Zahl von Teilnehmern die Möglichkeit zu übernachten. Die Unterbringung erfolgt in der Regel in 1-Bett Zimmern incl. DU+WC und ist im Teilnehmerpreis enthalten. Die Buchung der Zimmer erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen. Eine Liste von weiteren Hotels, die auf eigene Kosten gebucht werden können, ist unter www.paderborn.de aufgeführt.

Liebe BestellerInnen und NutzerInnen des Bausteins zur **nicht-rassistischen Bildungsarbeit! Vom 21. bis 23. April findet in Hütten** (Nähe Jena) die (in diesem Jahr einzige) bwt-Teamerqualifizierung zum Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit statt. Es sind noch einige Plätze frei! Nähere Informationen finden sich in der Anlage. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Mit freundlichen Grüßen, Das Baustein-Büro. Wer über Seminare und sonstiges im Zusammenhang mit dem Baustein regelmäßig informiert werden und sich mit anderen austauschen möchte, kann sich in die "Baustein-NutzerInnen-malingliste" eintragen lassen (keine mail-Flut, zur Zeit ca. 1 – 3 mails pro Woche). In diesem Fall bitten wir um eine kurze Rückmeldung.----- Projektgruppe Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit/DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Warsbergstraße 1, 99092 Erfurt, Telefon 0361-21727-0, Fax 0361-21727-27, mail baustein@dgb-bwt.de, Internet www.baustein.dgb-bwt.de

Bücher und Broschüren

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V. – Dokumentationsstelle – Mariannenplatz 2 – Haus Bethanien – Südflügel – 10997 Berlin, Fon 030 – 743 95 432 – Funk 0177 – 37 55 924 – Fax 030 – 627 05 905 ari-berlin-dok@gmx.de – www.antirar.de/doku/titel.htm

NEU ERSCHIENEN!

13. aktualisierte Auflage der Dokumentation Berlin, 8.3.2006 Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" (1993 bis 2005)

Die Zahl der Flüchtlinge, die in der BRD Asyl beantragten, war 2005 mit 28.914 die niedrigste seit 1983. Zugleich wurden bei 48.102 Entscheidungen des Bundesamtes nur 411 Personen als Asylberechtigte anerkannt (0,9 %). Die Vorstellung der aktuellen Statistik verband Bundesinnenminister Schäuble am 8.1.2006 mit der Ankündigung, "die Ausreisepflicht bei nicht bleibeberechtigten Personen noch effektiver durchzusetzen".

Die Hoffnung der meisten Flüchtlinge, die seit 10, 12 Jahren oder länger hier leben, durch das im Januar 2005 in Kraft getretene sogenannte Zuwanderungsgesetz ein Bleiberecht zu erhalten, hat sich nicht erfüllt. Einerseits werden weiterhin Ketten-Duldungen ausgestellt. Eine Behördenmaßnahme, die die Menschen über Jahre hinweg in einen Wartezustand zwingt, der abgesehen von der Beschneidung sozialer Rechte durch die ständige Angst vor Abschiebung auf die Betroffenen eine extrem traumatisierende Wirkung hat. Besonders schwer trifft es Kinder und die durch Krieg und Folter seelisch schwer erkrankten Flüchtlinge.

Andererseits ist in der vorliegenden Dokumentation auffällig, dass die Methoden der Abschiebebehörden immer brutaler werden. Es wird z.B. beschrieben, wie Menschen aus psychiatrischen Kliniken nachts mit Gewalt aus ihren Betten zur Abschiebung weggeschleppt werden. Flüchtlinge werden zur Einnahme von Beruhigungsmitteln genötigt. Minderjährige Kinder werden durch die Abschiebung von Mutter oder Vater getrennt. Noch "effektiver", wie Schäuble fordert, ist nicht mehr vorstellbar.

Tod nach der Abschiebung:

Ein besonders tragischer Fall, der sich bereits im Jahre 2004 ereignete, konnte jetzt genauer recherchiert werden. Familie B. lebte mit ihren drei Kindern seit fast 10 Jahren in der BRD. Nach einer Abschiebung, die nach dem Zusammenbruch des Ehemannes in Amsterdam gestoppt wurde, tauchte die Familie B. unter. Als die schwangere Tschianana Nguya aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes versuchte, einen Krankenschein zu bekommen, erfolgte ihre Festnahme. Nach längerer Abschiebehaft wurde sie in desolatem Zustand mit zweien ihrer Kinder (2 und 10 Jahre alt) in den Kongo (DRK) abgeschoben.

Dort erfolgte ihre sofortige Inhaftierung – zunächst in Polizeihaft, später in einem Militärcamp. Durch die Haftbedingungen verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand weiter. Erst eine Woche vor der Niederkunft erfolgte ihre Einweisung in ein Krankenhaus. Das Kind lebte nach der Geburt nur eine Stunde – die 34 Jahre alte Mutter starb acht Stunden später.

Zurück bleiben ihre kleinen Kinder, deren Aufenthalt im Kongo völlig ungewiss ist. Zurück bleiben ihr Mann und ihr heute 16-jähriger Sohn, die beide versuchen, irgendwo in Europa zu überleben. Die vorliegende Dokumentation beschreibt in über 4700 Einzelgeschichten die Auswirkungen des institutionellen Rassismus auf die Betroffenen. Auf Flüchtlinge, die gehofft hatten, in diesem Land Schutz und Sicherheit zu finden, und letztlich an diesem System zugrunde gingen oder zu Schaden kamen. Die jährlichen Zahlen der Dokumentation sind im Vergleich nicht sinkend, sondern bleiben konstant. Auszugehen ist von einer wesentlich höheren Dunkelziffer.

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2005.

162 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 121 an den deutschen Ost-Grenzen*,

439 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 259 an den deutschen Ost-Grenzen*,

131 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch,

vor der Abschiebung zu fliehen, davon 49 Menschen in Abschiebehaft,

629 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende

Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen, davon

befanden sich 393 Menschen in Abschiebehaft,

5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und

299 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt,

23 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und mindestens

397 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert,

62 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,

12 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen,

380 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 127 Flüchtlinge in Haft.

67 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte,

725 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt,

13 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

Ein Fazit:

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 333 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Übergriffe oder bei Bränden in Unterkünften starben 80 Flüchtlinge.

* die Angaben für 2005 werden sich noch erhöhen, weil die offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums noch nicht vorliegen

Die Dokumentation ist bei uns auf Papier (DIN A4 – 358 Seiten, Ringbindung) und demnächst auf CD-Rom erhältlich zum Preis von 13,00 € (bei Versand: plus 1,60 € für Porto & Verpackung); im Netz (zur Zeit noch die 12. Auflage) unter der Adresse: www.anti-rar.de/doku/titel.htm

Weitere Tips:

- Flüchtlingsrat: **Schutz vor Diskriminierung?** Beiträge zur Debatte über die Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinien der EU. Heft des Niedersächs. FR 112, März 2006
- „**Verantwortung lässt sich nicht abschieben**“ – **Das Europaprojekt von PRO ASYL**. 32-seitige kleine Broschüre zur Europapolitik, hier speziell DUBLIN II und den Projektideen von Pro Asyl, Partnerschaften mit den neuen EU-Staaten etc.. **Spendenaufwurf** zur Unterstützung des Europaprojektes, damit Flüchtlinge nicht weiterhin verschwinden, in Lagern gehalten werden und keiner bekommt es mit! Zu beziehen bei: Pro Asyl, Postfach 160624, 60069 Frankfurt/Main, www.proasyl.de, europa@proasyl.de, Spendenkonto: Förderverein Pro Asyl e.V., 804 7300, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00
- **Eheschließungen von und mit MigrantInnen** – Protokoll der Tagung im März 2006 von amnesty international, DW Hessen Nassau, Hessischer FR, iaf u.a. zu beziehen beim Hess. FR: hfr@fr-hessen.de
- Land in Sicht! Kurier – FR Schleswig-Holstein, Ausgabe 1-2006, LiS@frsh.de: Flüchtlingspolitik und Arbeitsstrategien – das Projekt des FR S-H in EQUAL (6.4.-EQUAL andere Projekte) auch bald als homepage: www.frsh.de/landinsicht/

Rundbriefe anderer Flüchtlingsräte und Gruppen

- Rundbrief FR Schleswig-Holstein, **Der Schlepper 34/2006 „Die Welt zu Gast bei Freunden?“** – www.frsh.de: *Martin Link* zieht nach einem Jahr Zuwanderungsgesetz eine flüchtlingspolitische Zwischenbilanz und macht Verbesserungsvorschläge für die Härtefallkommission. *Bernhard Karimi* hat den Jahresbericht 2005 des Landesbeirates für Abschiebungshaft gelesen. *Fanny Dethloff* setzt sich kritisch mit der Diskussion um die Zulässigkeit von Folter auseinander. Dokumentiert wird das Positionspapier des Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein zum geplanten „Ausreisezentrum“ in Neumünster. Was ist eigentlich ein „Ausreisezentrum“? Antworten auf diese Frage und einige Hintergrundinformationen zum Thema hat das Bündnis Bleiberecht in einer eigenen Broschüre mit dem Titel „*Bleiberecht statt Ausreisezentrum in*

Neumünster“ zusammengetragen: www.hiergeblieben.info *Frank John* (Ukraine), *Anke Immenroth* (Iran), *Claudius Voigt* (Serbien–Montenegro) und *Ana Nym* (Togo) berichten über die politischen und Menschenrechtszustände, die in den Herkunftsländern der Nationalteams, die im Sommer anlässlich der Fußballweltmeisterschaft zu Gast sein werden. Über die Gefahrenlagen und Defizite in anderen Herkunftsländern berichten *Pierrette Roussillat-Onangolo* (D. R. Kongo), *Marianne Krüger* (Tschetschenien) und die *UN* (Westafrika). Der *Weltkirchenrat* beklagt die weltweite Praxis der Inhaftierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. *Anke Immenroth* berichtet über den Menschenhandel mit Zwangsprostituierten, einem Wirtschaftszweig, der ebenfalls im Schatten des Fußballbusiness zu erwarten ist. *Michaela Ludwig* schildert das Leben von Kindersoldaten während *Margret Best* und *Conni Gunßer* den in Schleswig–Holstein und Hamburg üblichen administrativen Umgang mit Kinderflüchtlingen thematisieren. Über das Gedenken am *10. Jahrestag des Lübecker Brandanschlages* berichten Holger Wulf und Heike Behrens. *José Antonio Arzoz* und *Alkyone Karamanolis* werfen ihre Blick auf die migrationspolitische Entwicklung in Spanien und in Griechenland.

- Bündnis Bleiberecht Schleswig–Holstein: **Bleiberecht statt Ausreisezentrum in Neumünster (03/2006)** – www.hiergeblieben.info
- FR Thüringen: **Info 1/2006** mit den Themen: Kirchenasyl in Erfurt – Härtefallkommission – Indonesien – Equal uvm.
- Hessischer Flüchtlingsrat: **Gegenwehr 1/2006**: 1 Jahr ZuwG – Rechtliche Grundlagen der Abschiebungshaft – Kurze Geschichte der Abschiebungshaft – Zum Stand der Bleiberechtskampagne – Kirchenasyl – uvm.!
- **Flüchtlingsrat–Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen**: Ein Jahr Zuwanderungsgesetz – was wird aus den Geduldeten? Fluchtursachen & Flüchtlingselend uvm 1/06

Urteile

- RA Ünal Zeran, HH: Beschluss VG Schwerin zu Afghanistan: Der Beschluss befasst sich mit dem aktuellen **Danesh–Gutachten zur Versorgungslage von Hindus und Sikhs** vom 23.1.2006: Versorgungslage katastrophal und Rückkehr von Flüchtlinge nach Afghanistan verbietet sich derzeit. (Länderinfos Afghanistan 2006_02_VG _Schwerin)

Datei [LABO Berlin– z.Zt.keine Rückführungen Irak– Stand 14.02.06.pdf \(36KB\)](#)

Verfasser "Landesamt für Bürger– und Ordnungsangelegenheiten (LABO)"

Veröffentl. am 14.02.2006

Bundesland Berlin

Beschreibung keine Abschiebungen in den Irak mangels Flugverbindungen (Stand: 14.02.2006)

Länder/Volksgr. Irak

Schlagworte Abschiebung, Abschiebestopp, Flugverbindung

Einsender "RAin Ebrahim"

eingesandt am 12.03.2006

Ort /Abschiebung/

Datei [keine AE für Integrierte – 8 EMRK – OVG Thüringen.pdf \(353KB\)](#)

Verfasser "OVG Thüringen"

veröffentlicht am 25.01.2006

Bundesland Thüringen

Beschreibung kein Aufenthalt für langfristig aufenthaltliche Familien mit voll integrierten Kindern; dogmatisch noch schärfer als VGH Kassel

Aktenzeichen 3 EO 61/06

Normen Art 8 I EMRK, 25 V AufenthG

Schlagworte Integration, "in Deutschland aufgewachsen", "humanitäre Gründe", "faktischer Inländer", Abschiebungshindernis

Einsender RA Moritz

eingesandt am 12.03.2006

Ort /Aufenthaltstitel/humanitär/

Datei [Akteneinsicht in Passbeschaffungsvorgang LABO Berlin–neue Verwaltungspraxis.pdf \(150KB\)](#)

Verfasser "Berliner Datenschutzbeauftragter"

veröffentlicht am 16.02.2006

Bundesland Berlin

Beschreibung Akteneinsicht in Passbeschaffungsvorgänge. Änderung der Verwaltungspraxis der Berliner Ausländerbehörde

Aktenzeichen 52.5552.6

Schlagworte Akteneinsicht, Passretent, Passbeschaffung, Verwaltungspraxis

Einsender "RA Reimann"

eingesandt am 12.03.2006

Ort /allgemeines/

Datei [Widerruf – Irak – VG Berlin.pdf \(1414KB\)](#)

Verfasser "VG Berlin"

Veröffentl. am 08.12.2005

Bundesland Berlin

Beschreibung Widerrufsverfahren Irak – ablehnende Entscheidung unter Ausförllicher Auseinandersetzung mit Art. 1 C Nr.5 GFK und der Position des UNHCR

Aktenzeichen 38 X 301.05

Normen AsylVfG § 73, GFK Art. 1 C Nr. 5

Länder/Volksgr. Irak

Schlagworte Widerrufsverfahren, Flüchtlingsanerkennung

Einsender RAin Bohler

eingesandt am 08.03.2006

Ort Irak

Datei [Widerruf Irak – VG Berlin.pdf \(1173KB\)](#)

Verfasser "VG Berlin"

Veröffentl. am 27.10.2005

Bundesland Berlin

Beschreibung Widerrufsverfahren Irak – ablehnende Kammerentscheidung unter Ausförllicher Auseinandersetzung mit Art. 1 C Nr.5 GFK

Aktenzeichen 38 X 319.05
 Normen AsylVfG § 73, GFK Art. 1 C Nr. 5
 Länder/Volksg. Irak
 Schlagworte Widerrufsverfahren, Abschiebung, Flüchtlingsanerkennung
 Einsender "RAin Ebrahaim"
 eingesandt am 08.03.2006
 Ort Irak
Datei Unverzüglichkeit der Haftentlassung – Beschluss OLG Celle v. 13.02.2006.pdf (203KB)
 Verfasser "OLG Celle"
 Veröffentlicht am 13.02.2006
 Bundesland Niedersachsen
 Beschreibung Freiheitsentziehungsverfahren – Haftaufhebung ist unverzüglich nach Beschlussfassung einzuleiten. Verzögerung aufgrund Fertigung der schriftlichen Beschlussgründe nicht hinnehmbar
 Aktenzeichen 22 W 2/06
 Schlagworte Freiheitsentziehungsverfahren, Haftaufhebung, Unverzüglichkeit
 Einsender "RA Fahlbusch"
 eingesandt am 08.03.2006
 Ort /Haft/Verfahren/
Datei Passbeschaffung während Strafhaft – Zustimmung StA nach § 456 StPO – Beschluss OLG Oldenburg v. 18.01.2006.pdf (212KB)
 Verfasser "OLG Oldenburg"
 Veröffentlicht am 18.01.2006
 Bundesland Niedersachsen
 Beschreibung Freiheitsentziehungsverfahren – Passersatzpapierbeschaffung muss während Strafhaft erfolgen, auch wenn Zustimmung der Staatsanwaltschaft nach § 456 a StPO noch nicht vorliegt. Anfrage muss parallel zur Passbeschaffung erfolgen
 Aktenzeichen 13 W 85/05
 Schlagworte Freiheitsentziehungsverfahren, Passbeschaffung, Beschleunigungsgrundsatz, Zustimmungsanfrage, Zustimmung, Staatsanwaltschaft, Strafverfahren
 Einsender "RA Fahlbusch"
 eingesandt am 08.03.2006
 Ort /Haft/Abschiebungshaft + Strafverfahren/
Datei Kindergeld mit Aufenthaltsbefugnis – Rückwirkende Bewilligung von Kindergeld – Urteil Niedersächsisches Finanzgericht v. 23.01.2006.pdf (553KB)
 Verfasser "Niedersächsisches Finanzgericht"
 Veröffentlicht am 23.01.2006
 Bundesland Niedersachsen
 Beschreibung Kindergeldanspruch auch mit Aufenthaltsbefugnis, aber Bewilligung

Kindergeldanspruch nur bis zum Monat des ablehnenden Einspruchbescheids
(Revision zugelassen)

Aktenzeichen 16 K 12/04
Normen EStG § 62, GG Art. 3, GG Art 100 I
Schlagworte Kindergeld, Aufenthaltsbefugnis, "Ruhe des Verfahrens"
Einsender "RA Fahlbusch"
eingesandt am 08.03.2006
Ort /Soziales/
Datei **Iran – Übertritt zum Christentum – VG Cottbus.pdf (920KB)**
Verfasser "VG Cottbus"
Veröffentl. am 26.10.2005
Bundesland Brandenburg
Beschreibung Flüchtlingsanerkennung wegen Konvertierung zum Christentum (Zeugen Jehovas)
im Iran
Aktenzeichen 2 K 657.00 A
Normen AufenthG § 60 I
Länder/Volksg. Iran, Christen, "Zeugen Jehovas"
Schlagworte Flüchtlingsanerkennung, Abschiebungshindernis, Konvertierung, Christentum
Einsender "RAin Jentsch"
eingesandt am 08.03.2006
Ort /Iran/
Datei **Haftaufhebung, wenn Anhörung nicht nachholbar– KG.pdf (164KB)**
Verfasser "KG Berlin"
Veröffentl. am 27.02.2006
Bundesland Berlin
Beschreibung Freiheitsentziehungsverfahren – fehlende Anhörung führt jedenfalls dann zur
Aufhebung des Beschlusses, wenn sie nicht innerhalb der Beschwerdefrist
nachholbar ist
Aktenzeichen 25 W 13/06
Normen FEVG § 5
Schlagworte Freiheitsentziehungsverfahren, Anhörung, Aufhebung, Beschwerdefrist,
Nachholbarkeit
Einsender "RAin Schönberg"
eingesandt am 08.03.2006
Ort /Haft/Anhörung/
Datei **Ermittlungen Standesamt zum Aufenthaltsstatus – Senatskanzlei.pdf (110KB)**
Verfasser "Senatskanzlei Berlin"
Veröffentl. am 08.03.2006
Bundesland Berlin
Beschreibung Grundsätzlich Lebenspartnerschaft/ Heirat unabhängig vom Aufenthaltsstatus

möglich. Eigene Ermittlungen der Standesämter zum Aufenthaltsstatus nicht rechtmäßig

Schlagworte Lebenspartnerschaft, Heirat, Aufenthaltsstatus, Meldepflicht, Standesamt, Ermittlungen

Einsender "RA Siegfried"

ingesandt am 08.03.2006

Ort /Heirat-Familie/Ehe – Lebenspartnerschaft /

Datei **Einbürgerung geduldeter Palästinenser – PKH-Beschluss – OVG NRW.pdf (292KB)**

Verfasser "OVG NRW"

Veröffentl. am 30.01.2004

Bundesland Nordrhein-Westfalen

Beschreibung PKH Beschluss – OVG NRW sieht hinreichende Erfolgsaussicht auf Einbürgerung eines im Bundesgebiet geborenen Kindes eines Staatenlosen (Palästinensers) nach Art.2 StIMindÄœbk nach fünf Jahren trotz Duldung (mit Anmerkung RA Sommerfeld am Ende)

Aktenzeichen 19 E 82/01

Normen StIMindÄœbk Art.2

Länder/Volksgr. Palästinenser, Staatenlose

Schlagworte Einbürgerung, Staatenlosigkeit, "rechtmäßiger Aufenthalt", Duldung, Auslegung

Einsender "RA Sommerfeld"

ingesandt am 08.03.2006

Ort /Einbürgerung/

Datei **Dolmetscher – nicht erforderlich, dass mittellos – Beschluss v OLG Frankfurt v. 07.02.2006.pdf (89KB)**

Verfasser "OLG Frankfurt/Main"

Veröffentl. am 07.02.2006

Bundesland Hessen

Beschreibung Freiheitsentziehungsverfahren – Recht auf Hinzuziehung eines Dolmetschers für ein Gespräch – Mittellosigkeit im Gegensatz zum Kammergericht nicht erforderlich

Aktenzeichen 20 W 24/06

Schlagworte Freiheitsentziehungsverfahren, Dolmetscher, Dolmetscherbeordnung, Mittellosigkeit

Einsender "RA Fahlbusch"

ingesandt am 08.03.2006

Ort /Haft/Dolmetscher/

Datei **Beschwerdegericht muss Bekanntmachung einer Entscheidung präÄ¼fen – OLG Celle v. 13.01.2006.pdf (205KB)**

Verfasser "OLG Celle"

Veröffentl. am 13.01.2006

Bundesland Niedersachsen

Beschreibung Freiheitsentziehungsverfahren – Beschwerdegericht hat zu prüfen, ob die angefochtene Entscheidung dem Betroffenen bekannt gemacht worden ist und damit Rechtsmittelfrist zu laufen begonnen hat

Aktenzeichen 22 W 112/05

Schlagworte Bekanntgabe, Rechtsmittelfrist, Freiheitsentziehungsverfahren

Einsender RA Fahlbusch

eingesandt am 08.03.2006

Ort /Haft/

Datei [Abschiebehafkosten – PKH–Beschluss OVG Sachsen.pdf \(117KB\)](#)

Verfasser "OVG Sachsen"

Veröffentlicht am 21.02.2006

Bundesland Sachsen

Beschreibung Kosten der Abschiebungshaft sind von Kosten der Strafhaft zu trennen – Aufschlüsselung des Tagessatzes erforderlich

Aktenzeichen 3 E 291/05

Normen AufenthG § 67

Schlagworte Abschiebungshaft, Abschiebungskosten, Kosten, PKH

Einsender "RA Enderlein"

eingesandt am 07.03.2006

Ort /Abschiebung/

Datei [bundeseinheitliche Verfahrensweise bei wohnsitzbeschr. Auflagen.pdf \(178KB\)](#)

Verfasser "Innenministerium Brandenburg"

Veröffentlicht am 20.12.2005

Bundesland alle / kein spezielles

Beschreibung bundeseinheitliche Verfahrensweise bei wohnsitzbeschränkenden Auflagen wegen Bezug von Sozialleistungen

Schlagworte Nebenbestimmung, Wohnsitzauflage, Sozialhilfe, "ALG II", Verwaltungspraxis

Einsender "Flüchtlingsrat Berlin"

eingesandt am 07.03.2006

Ort /allgemeines/

Datei [Anmerkung zu Hess. VGH – Art.8 EMRK–Abschiebungshindernis wegen Integration.pdf \(42KB\)](#)

Verfasser "Scherenberg, Timmo"

Veröffentlicht am 01.03.2006

Bundesland Hessen

Beschreibung Anmerkung zu HessVGH: Anspruch aus 8 EMRK als faktischer Inländer setzt idR langen rechtmäßigen Inlandsaufenthalt voraus

Aktenzeichen 7 TG 106/06

Normen EMRK Art. 8, AufenthG § 25 V, AufenthG § 25 III

Schlagworte "in Deutschland aufgewachsen", Integration, "humanitäre Gründe", "faktischer Inländer", Abschiebungshindernis

Einsender Administrator

eingesandt am 07.03.2006

Ort /Aufenthaltstitel/humanitär/

Datei **Abschiebungshindernis Art.8 EMRK – VGH Hessen zu VG Darmstadt.pdf (91KB)**

Verfasser HessVGH

Veröffentl. am 15.02.2006

Bundesland Hessen

Beschreibung Anspruch aus 8 EMRK als faktischer Inländer setzt idR langen rechtmäßigen Inlandsaufenthalt voraus

Aktenzeichen 7 TG 106/06

Normen EMRK Art. 8, AufenthG § 25 V, AufenthG § 25 III

Länder/Volksgr. Kosovo, Ashkali

Schlagworte "in Deutschland aufgewachsen", Integration, "humanitäre Gründe", "faktischer Inländer", Abschiebungshindernis

Einsender Administrator

eingesandt am 07.03.2006

Ort /Aufenthaltstitel/humanitär/

Datei **Eilrechtsschutz im Freiheitsentziehungsverfahren – KG.pdf (113KB)**

Verfasser "KG Berlin"

Veröffentl. am 18.02.2006

Bundesland Berlin

Beschreibung zur Untätigkeitsrüge bei Eilantrag im Freiheitsentziehungsverfahren

Normen GG 19 IV

Schlagworte Abschiebungshaft, Freiheitsentziehungsverfahren, "einstweilige Anordnung", Untätigkeitsrüge, Beschleunigungsgrundsatz

Einsender "RA Gerloff"

eingesandt am 07.03.2006

Ort /Haft/Verfahren/

Datei **Befreiungsverfahren missbräuchlich bei Scheinehe KG 15 Feb 1999.pdf (52KB)**

Verfasser "KG Berlin"

Veröffentl. am 15.02.1999

Bundesland Berlin

Beschreibung kein Anspruch auf Befreiung vom Ehefähigkeitszeugnis bei Vorliegen einer Scheinehe, da Rechtsmissbrauch- Aussetzungsbeschluss

Aktenzeichen 25 VA 5/98

Normen EGGVG § 27; BGB § 1309

Schlagworte Ehefähigkeitszeugnis, Scheinehe, Befreiungsverfahren

Einsender RA Gräbner

eingesandt am 27.02.2006
 Ort /Heirat-Familie/Ehe – Lebenspartnerschaft /
Datei **LABO – Befangenheitsantrag Frau Deubel.pdf (150KB)**
 Verfasser "RA Reimann" "LABO IV AbtL"
 Veröffentlicht. am 17.03.2006
 Bundesland Berlin
 Beschreibung (erfolgloser) Befangenheitsantrag gegen Frau Deubel, LABO IV B 2232
 Aktenzeichen LABO IV AbtL 1940/1
 Normen VwVfG § 21
 Schlagworte Befangenheit, Traumatisierung, Gutachten
 Einsender "RA Reimann"

eingesandt am 17.03.2006
 Ort /allgemeines/
Datei **60 I AufenthG – Irak. Kurde– VG Hamburg–27.01.2006.pdf (598KB)**
 Verfasser "VG Hamburg"
 Veröffentlicht. am 27.02.2006
 Bundesland Hamburg
 Beschreibung Flüchtlingsanerkennung nach § 60 I AufenthG für Kurden, der aktiv für die Fattah im Irak gekämpft hat
 Aktenzeichen 7 A 65/05
 Normen AufenthG § 60 I, AufenthG § 60 VIII
 Länder /Volksgr. Türkei, Irak, Kurden
 Schlagworte Flüchtlingsanerkennung, PKK, "exilpolitische Aktivitäten", YCK, Terrorismusvorbehalt
 Einsender "RA Jung"

eingesandt am 17.03.2006
 Ort /Länder/Türkei/
Datei **VGH BaWü zu Art. 8 EMRK.pdf (76KB)**
 Verfasser "VGH Baden-Württemberg"
 Veröffentlicht. am 02.11.2005
 Bundesland Baden-Württemberg
 Beschreibung Voraussetzungen eines Aufenthaltsrechts aus Art. 8 EMRK
 Aktenzeichen 1 S 3023/04
 Normen EMRK Art. 8, AufenthG Â§ 25 V
 Schlagworte Abschiebungshindernis, "in Deutschland aufgewachsen", Integration, Familie, "faktischer Inländer"
 Einsender "RA Gräbner"

eingesandt 27.03.2006

am

Ort /Aufenthaltstitel/humanitär/Art.8 EMRK/

Datei [HFk_Laenderuebersicht.pdf \(160KB\)](#)

Verfasser "Flüchtlingsrat NRW"

Veröffentl. am 01.02.2006

Bundesland alle / kein spezielles

Beschreibung Synopse zu den Härtefallkommissionen der einzelnen Länder

Aktenzeichen

Normen AufenthG Â§ 23a

Schlagworte Härtefall, Härtefallkommission, "humanitäre Gründe", Skript, Verordnung

Einsender "RA Moritz"

ingesandt am 26.03.2006

Ort /Vorschriften/Härtefallverordnungen/

Datei [sicherheitsbefragungHH.pdf \(55KB\)](#)

Verfasser "Behörde für Inneres Hamburg"

Veröffentl. am 17.12.2004

Bundesland Hamburg

Beschreibung Weisung zum Thema "Sicherheitsabfrage", "Sicherheitsbefragung"

Aktenzeichen 2/2005

Normen AufenthG Â§ 73, AufenthG Â§ 54, AufenthG Â§ 5 IV

Schlagworte Sicherheitsbefragung, Sicherheit, Sicherheitsüberprüfung, Weisung, Verfassungsschutz

Einsender "RA Moritz"

ingesandt am 26.03.2006

Ort /Weisungen/Hamburg/

Datei [HFkVOsachsen.pdf \(122KB\)](#)

Verfasser "Innenministerium Sachsen"

Veröffentl. am 11.07.2005

Bundesland Sachsen

Beschreibung Härtefallkommissionsverordnung Sachsen, Problem: Bürgererschaft

Aktenzeichen

Normen AufenthG Â§ 23a

Schlagworte Härtefall, Härtefallkommission, Verordnung, "humanitäre Gründe"

Einsender RA Moritz

ingesandt am 21.03.2006

Ort /Vorschriften/Härtefallverordnungen/

Datei [Vorl.Nds.VV-AufenthG v. 30.11.05.pdf \(2587KB\)](#)

Verfasser "Innenministerium Niedersachsen"

Veröffentl. am 30.11.2005
 Bundesland Niedersachsen
 Beschreibung Vorläufige Nds.Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz
 Normen AufenthG
 Einsender "RA Lerche"
 eingesandt am 28.03.2006
 Ort /Weisungen/Niedersachsen/
Datei **StAG-Anwendungserlass Nds.Mi v.12.01.05.pdf (125KB)**
 Verfasser "Innenministerium Niedersachsen"
 Veröffentl. am 12.01.2005
 Bundesland Niedersachsen
 Beschreibung Durchführungshinweise zum StAG
 Aktenzeichen 44.1-120.104/67
 Normen StAG
 Schlagworte Staatsangehörigkeit, Weisung
 Einsender "RA Lerche"
 eingesandt am 28.03.2006
 Ort /Weisungen/Niedersachsen/
Datei **LSG Rh-Pf Einreise über sicheren Drittstaat kein Ausschlussgrund für 2 AsylbLG.pdf (482KB)**
 Verfasser LSG Rheinland-Pfalz
 Veröffentl. am 27.03.2006
 Bundesland Rheinland-Pfalz
 Beschreibung § 2 AsylbLG nach 36 Monaten grundsätzlich für alle Leistungsberechtigten, Anordnungsgrund liegt vor, Einreise über sicheren Drittstaat ist kein Rechtsmissbrauch
 Aktenzeichen L 3 ER 37/06 AY
 Normen § 2 AsylbLG
 Länder / Volksgr. Türkei, Kurden
 Schlagworte Anordnungsgrund, Drittstaat, Reiseunfähigkeit, Rechtsmissbrauch
 Einsender Georg Classen
 eingesandt am 02.04.2006
 Ort /Soziales/
Datei **VGH BW 18.01.06 Art. 8 EMRK 25 V AufenthG.pdf (152KB)**
Verfasser "VGH Baden-Württemberg"
 Veröffentl. am 18.01.2006
 Bundesland Baden-Württemberg
 Beschreibung Voraussetzungen eines Aufenthaltsrechts aus Art. 8 EMRK
 Aktenzeichen 13 S 2220/05

Normen Art. 8, AufenthG § 25 V
 Schlagworte Abschiebungshindernis, "in Deutschland aufgewachsen", Integration, Familie, "faktischer Inländer"
 Einsender RA Schandl
 eingesandt am 31.03.2006
 Ort /Aufenthaltstitel/humanitär/Art.8 EMRK/
Datei **OVG RhP 26.02.06 Art.8 EMRK fakt. Inländer.pdf (323KB)**
 Verfasser OVG Rheinland-Pfalz
 Veröffentl. am 24.02.2006
 Bundesland Rheinland-Pfalz
 Beschreibung Voraussetzungen eines Aufenthaltsrechts aus Art. 8 EMRK
 Aktenzeichen 7 B 10020/06.OVG
 Normen EMRK Art. 8, AufenthG § 25 V
 Schlagworte Abschiebungshindernis, "in Deutschland aufgewachsen", Integration, Familie, "faktischer Inländer"
 Einsender RA Schandl
 eingesandt am 31.03.2006
 Ort /Aufenthaltstitel/humanitär/Art.8 EMRK/
Datei **Wohnsitzauflagen-bundeseinheitliche Weisung .pdf (58KB)**
 Verfasser Innenministerium Schleswig-Holstein
 Veröffentl. am 03.02.2006
 Bundesland Schleswig-Holstein
 Beschreibung bundeseinheitliche Verfahrensweise bei wohnsitzbeschränkenden Auflagen wegen Bezug von Sozialleistungen –wie zuvor bereits Brandenburg–
 Schlagworte Nebenbestimmung, Wohnsitzauflage, Sozialhilfe, "ALG II", Verwaltungspraxis
 Einsender Administrator
 eingesandt am 04.04.2006
 Ort /allgemeines/
Datei **Abschiebung Minderjähriger ohne Mutter zum Vater-VG Freiburg.pdf (44KB)**
 Verfasser VG Freiburg
 veröffentl. am 16.01.2006
 Bundesland Baden-Württemberg
 Beschreibung Zumutbarkeit der "vorübergehenden" Trennung, Abschiebung der minderjährigen Kinder ohne Mutter (vom VGH bestätigt)
 Aktenzeichen 6 K 2362/05
 Normen AufenthG Â§ 25 V, EMRK Art. 8
 Schlagworte Abschiebungshindernis, "in Deutschland aufgewachsen", Familie, Abschiebung, Minderjährige
 Einsender RA Schandl

eingesandt am 03.04.2006
 Ort /Heirat-Familie/Sorgerecht – Umgangsrecht/
Datei **Irak-keine Gefährdung Angehöriger von Funktionär der Baathpartei-VG Saarland.pdf (80KB)**
 Verfasser VG Saarland
 Veröffentlicht am 29.09.2005
 Bundesland Saarland
 Beschreibung arabischer Staatsangehöriger, dessen Vater durch die Baath-Partei verfolgt wurde, ist nicht gefährdet
 Aktenzeichen 12 K 104/05.A
 Normen AufenthG Â§ 60
 Länder/ Volksgr. Irak
 Schlagworte Abschiebungshindernis, Baathpartei
 Einsender RA Gräbner
 eingesandt am 03.04.2006
 Ort /Länder/Irak/
Datei **Irak-Katoliken-VG Bayreuth Mai 2005.pdf (95KB)**
 Verfasser "VG Bayreuth"
 Veröffentlicht am 18.05.2005
 Bundesland Bayern
 Beschreibung Abschiebungshindernis für Katholiken
 Aktenzeichen B 6 K 04.30262
 Normen AufenthG Â§ 60; AsylVfG Â§ 73, Art. 1 C Nr. 5 Satz 1 GK
 Länder/ Volksgr. Irak
 Schlagworte Abschiebungshindernis, Christ, Widerrufsverfahren
 Einsender RA Gräbner
 eingesandt am 03.04.2006
 Ort /Länder/Irak/
Datei **SGB II Darlehen zur Beendigung der Ausbildung- SG H 3.06.pdf (1036KB)**
 Verfasser "SG Hannover"
 Veröffentlicht am 09.03.2006
 Bundesland Niedersachsen
 Beschreibung zu Anspruch auf SGB II-Darlehen zur Beendigung der Ausbildung, wenn kein BaföG-Anspruch besteht
 Aktenzeichen S 31 AS 132/06 R
 Normen BaföG, SGB II Â§ 7
 Länder/ Türkei

Volksgr.

Schlagworte BaföG, Sozialhilfe, Ausbildungsplatz, Finanzierbarkeit, Studium

Einsender "RA Fahlbusch"

eingesandt am 05.04.2006

Ort /Soziales/

Datei **Abgabe der Zuständigkeit bei Haftverlängerung nur durch Beschluss-OLG Obg 02.06.pdf** (362KB)

Verfasser "OLG Oldenburg"

Veröffentl. am 05.04.2006

Bundesland Niedersachsen

Beschreibung Haftverlängerung durch ein anderes Gericht nur nach Beschluss – hieran ändert auch die Auswechslung des Haftgrundes nichts

Aktenzeichen 13 W 4/06

Normen AufenthG Â§ 106

Schlagworte Haftverlängerungsantrag, "örtliche Zuständigkeit", Zuständigkeit, Freiheitsentziehungsverfahren, Abschiebungshaft

Einsender "RA Fahlbusch"

eingesandt am 05.04.2006

Ort /Haft/Verfahren/

Datei **zur Nachberatung bei Nachreichung der Beschwerdebegründung- OLG Obg03.2006.pdf** (316KB)

Verfasser "OLG Oldenburg"

Veröffentl. am 01.03.2006

Bundesland Niedersachsen

Beschreibung Beschwerdegericht muss, wenn Beschwerdebegründung nachgereicht wird, diese noch zur Kenntnis nehmen, auch wenn Zustellung des Beschlusses schon verfügt wurde

Aktenzeichen 13 W 87/05

Schlagworte "rechtliches Gehör", Freiheitsentziehungsverfahren, Abschiebungshaft

Einsender "RA Fahlbusch"

eingesandt am 05.04.2006

Ort /Haft/Verfahren/

Datei **Möglichk der Passbeschaffung in 3 Mon – Beschleunigungsgrds gilt fürs AG- OLG Celle02.06.pdf** (315KB)

Verfasser "OLG Celle"

Veröffentl. am 23.02.2006

Bundesland Niedersachsen

Beschreibung Haft zweifelhaft, wenn Botschaft sich innerhalb der 3-Monats-Frist zu einem Passantrag nicht äußert – Beschleunigungsgrundsatz gilt auch fürs Gericht

Aktenzeichen 22 W 5/06

Normen	AufenthG Â§ 62
Länder/ Volksgr.	Ukraine
Schlagworte	Abschiebungshaft, Freiheitsentziehungsverfahren, Passbeschaffung, Beschleunigungsgrundsatz
Einsender	"RA Fahlbusch"
ingesandt am	05.04.2006
Ort	/Haft/Beschleunigungsgebot/
Datei	<u>Passbeschaffung schon während der Strafhaft erforderlich- LG Hannover 02-2006.pdf</u> (258KB)
Verfasser	"LG Hannover"
Veröffentl. am	17.02.2006
Bundesland	Niedersachsen
Beschreibung	Behörde muss mit Passbeschaffung und Identitätsklärung schon während der Strafhaft beginnen
Aktenzeichen	28 T 13/06
Normen	AufenthG Â§ 62
Schlagworte	Abschiebungshaft, Beschleunigungsgrundsatz, Passbeschaffung, Identitätstäuschung, Identität, Freiheitsentziehungsverfahren
Einsender	"RA Fahlbusch"
ingesandt am	05.04.2006
Ort	/Haft/Beschleunigungsgebot/
Datei	<u>BAMF-Kosovo PTBS-verspätete Geltungsmachung.pdf</u> (514KB)
Verfasser	"Bundesamt für Migration und Flüchtlinge"
Veröffentl. am	24.03.2006
Bundesland	alle / kein spezielles
Beschreibung	BAMF: keine Behandlungsmöglichkeit von PTBS im Kosovo, positives Folgeverfahren trotz verspäteter Geltendmachung
Normen	AufenthG § 60
Länder/ Volksgr.	Kosovo
Schlagworte	Traumatisierung, PTBS, Behandlungsmöglichkeit, Abschiebungshindernis, Mitwirkungspflicht, Glaubhaftmachung, Asylfolgeverfahren, Folgeantrag
Einsender	"RAin Dubick"
ingesandt am	12.04.2006
Ort	/Länder/Kosovo/
Datei	<u>Asyl-Syrien-Staatenlose-VG Berlin.pdf</u> (539KB)
Verfasser	"VG Berlin"
Veröffentl. am	22.02.2006

Bundesland Berlin
 Beschreibung kein Asyl für Staatenlose, da Einreiseverweigerung nicht aus politischen Gründen – aber keine Abschiebungsandrohung
 Aktenzeichen VG 38 X448.05
 Normen GG Art. 16a, AufenthG § 60
 Länder/ Volksgr. Syrien, Staatenlose
 Schlagworte Asylanerkennung, Asylverfahren, Staatenlosigkeit, Abschiebungsandrohung, "politische Verfolgung"
 Einsender Anwältinnenbüro
 eingesandt am 12.04.2006
 Ort /Länder/Syrien/
Datei BVerwG– Zulassung der Revision wg. 25 Abs.5.pdf (187KB)
 Verfasser BVerwG
 Veröffentlicht am 15.09.2005
 Bundesland alle / kein spezielles
 Beschreibung erfolgreiche Nichtzulassungsbeschwerde zur Klärung der Voraussetzungen des " 25 Abs. 5
 Aktenzeichen 1 C 14.05
 Normen AufenthG § 25 V
 Schlagworte "humanitäre Gründe"
 Einsender "RA Moser"
 eingesandt am 12.04.2006
 Ort /Aufenthaltstitel/humanitär/
Datei Iran–Christen–VG Berlin 11–05.pdf (1358KB)
 Verfasser VG Berlin
 Veröffentlicht am 15.11.2005
 Bundesland Berlin
 Beschreibung Keine Verfolgung einer zum Christentum konvertierten ehemaligen Muslimin
 Aktenzeichen VG 23 X 60.98
 Normen AufenthG § 6, GG Art. 16 A, GG Art. 4
 Länder/ Volksgr. Iran, Christen
 Schlagworte Konvertierung, "religiöses Existenzminimum", Abschiebungshindernis, "religiöse Minderheiten", Religion
 Einsender RA Gräbner
 eingesandt am 07.04.2006
 Ort /Länder/Iran/

- *AG Schöneberg, Beschluss vom 16.3.2006, 70 XIV 480/06 B*: Abschiebungshaft – Haftantrag-Schengenvisum: Der Haftantrag ist zurückzuweisen, weil die Betr. Im Besitz einer Gestattung und

damit nicht ausreisepflichtig ist. Bei Einreise hatte sie ein noch gültiges Schengenvisum aus Italien. Nach erlaubter Einreise hatte sie einen Asylantrag gestellt und eine Aufenthaltsgestattung bekommen. Der Antragsteller verwies auf das SDÜ §§ 29, 30: doch das ergibt keine rechtliche Wertung – da geht es nur um Zuständigkeitsregelungen, es trifft jedoch keine Aussage, ob das in einem nicht zuständigen Vertragsland angebrachte Asylbegehren einen Aufenthaltstitel in Form einer Aufenthaltsgestattung begründet. „insofern ist die Vorschrift des § 55 Abs. 1 AsylverfG spezieller und abschließend. . „Soweit die betr. Unter Verstoß gegen Visumsvorschriften das Visum erlangt hat, führt diese nicht zur Nichtigkeit des Visums, so dass es bei der erlaubten Einreise in die BRD verbleibt.“

- **SG Nordhausen S 15 AY 437/06 ER, B.v. 17.03.06 Leistungen nach § 2 AsylbLG für seit mehr als 36 Monaten Leistungen nach AsylbLG beziehende Iraker mit Duldung.**

Das Sozialamt Heiligenstadt ist der Auffassung, dass die Antragsteller rechtsmissbräuchlich nicht freiwillig ausreisen, obwohl die Ausreise in den Irak zumutbar und möglich sei.

Das Gericht hat angesichts der aktuellen Reisewarnung des Auswärtigen Amtes sowie der allgemein bekannten, mindestens bürgerkriegsähnlichen Zustände im Irak bereits Zweifel an der Zumutbarkeit einer freiwilligen Rückkehr der Antragsteller. Darauf kommt es jedoch nach Ansicht des Gerichts nicht an.

Maßgeblich ist vielmehr, dass das Gesetz nach seinem ausdrücklichen Wortlaut eben nicht nur die bloße Beeinflussung der Aufenthaltsdauer verlangt, die bei Nichtbefolgen der bestehenden Ausreisepflicht sicher vorliegen würde, sondern diese darüber hinaus auch rechtsmissbräuchlich sein muss. Rechtsmissbrauch setzt aber bereits vom Wortsinn her ein über bloßes Verschulden hinausgehendes Unwerturteil voraus. Wenn der Gesetzgeber, dessen Begründung insoweit nicht eindeutig ist, eine Verschärfung der Leistungsvoraussetzungen wünschte, hätte er dies klar normieren müssen. Es ist weder Aufgabe der Verwaltung noch der Gerichte, nach der Gesetzesbegründung nur möglicherweise gewollte Einschränkungen in das Gesetz zu interpretieren und dabei ein in dem beschlossenen und verkündeten Wortlaut enthaltenes zusätzliches Merkmal zu Ungunsten der Betroffenen außer Acht zu lassen.

Das SG schließt sich daher der Auffassung des SG Hannover S 51 AY 1/05 ER, B.v. 20.01.05 (sowie den diese bestätigenden Entscheidungen u.a. des LSG Nds–Bremen L 7 AY 51/05 v. 20.12.05; LSG Sachsen L 3 B 179/05 v. 09.02.06) an und hält über die bloße Nichtausreise hinaus gehende Umstände für die Bejahung des Tatbestandsmerkmals des Rechtsmissbrauches für erforderlich.

Dafür kann das Gericht bei den Antragstellern keine Anhaltspunkte erkennen. Den Antragstellern wurden vielmehr Duldungen erteilt, nicht weil sie gegen die bestehende Ausreisepflicht aktiv geworden wären, sondern weil die Zustände in dem potentiellen Rückkehrland eine Abschiebung offenbar auch nach Ansicht des Antragsgegners verbieten. Solange dies aber der Fall ist, nutzen die Antragsteller nur eine ihnen unabhängig vom eigenen Fehlverhalten eingeräumte Rechtsposition. das ist nicht rechtsmissbräuchlich.

Es liegt auch ein Anordnungsgrund vor. Das Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache steht dem hier nicht entgegen, weil anders effektiver Rechtsschutz nicht zu erreichen ist. Angesichts der erheblich unter Sozialhilfeniveau liegenden Leistungen nach §§ 1, 3 ff. AsylbLG ist den Antragstellern ein Zuwarten auf die Entscheidung in der Hauptsache nicht zuzumuten. Insbesondere können die Folgen dieses Zuwartens nachträglich nicht mehr ausgeglichen werden, weil das tatsächliche Leben unter erheblich eingeschränkten Bedingungen auch durch eine Nachzahlung nicht geändert werden könnte. Angesichts der überwiegenden Erfolgsaussichten in der Hauptsache muss das Risiko ungerechtfertigter Leistungserbringung und möglicher Uneinbringlichkeit einer Rückforderung auf Seiten des Antragsgegners dem gegenüber zurückstehen.

SG Nordhausen S 15 AY 268/06 ER, B.v. 17.03.06 (wie SG Nordhausen S 15 AY 437/06 ER, B.v. 17.03.06/Irak).

Leistungen nach § 2 AsylbLG für seit mehr als 36 Monaten Leistungen nach AsylbLG beziehende Kosovo–Roma mit Duldung. Das Gericht hat angesichts der Stellungnahme der

UNMIK aus 12/2005, wonach nicht nur die erzwungene Rückkehr abgelehnt, sondern auch die freiwillige sehr zurückhaltend beurteilt wird, bereits Zweifel an der Zumutbarkeit einer freiwilligen Rückkehr der Antragsteller. Den Antragstellern wurden vielmehr Duldungen erteilt, nicht weil sie gegen die bestehende Ausreisepflicht aktiv geworden wären, sondern weil die Zustände in dem potentiellen Rückkehrland eine Abschiebung offenbar auch nach Ansicht des Antragsgegners verbieten. Solange dies aber der Fall ist, nutzen die Antragsteller nur eine ihnen eingeräumte Rechtsposition. Das ist nicht rechtsmissbräuchlich.

Tipps und Sonstiges

- Annette Sinn, Axel Kreienbringk, Hans Dietrich von Loeffelholz: **Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in D. Staatliche Ansätze, Profil und soziale Situation**. Forschungsstudie 2005 im Rahmen des Europ. Migrationsnetzwerks, BAMF (!), Nürnberg 2006, ISBN 3-9807743-6-8
- Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://www.fes.de/rechtsextremismus/> heißt das **neue Internet-Themenportal über die FES-Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt**. Es erleichtert den Zugang zu den vielfältigen Veranstaltungen und den zahlreichen Publikationen der FES zu diesem Themenfeld. Die Angebote der Friedrich-Ebert-Stiftung für Jugendliche und zu Jugendpolitik bzw. "Jugend und Politik" sind jetzt ebenfalls über ein Themenportal zugänglich. Unter <http://www.fes.de/jugend/> finden Sie Konferenzen mit und für Jugendliche(n), open space Veranstaltungen, Wettbewerbe usw.
- FILM - **Abschiebung im Morgengrauen** - NDR-Reportage über einen Tag in der Ausländerbehörde Hamburg bekommt Grimme-Preis. Interview mit den Filmemachern (17.3.2006 - Aktionen)

Brandenburg live

Quelle: www.opferperspektive.de

08.04.2006
Rathenow (HVL) Gegen 1.00 Uhr wurde ein 20-jähriger Antifaschist vor der Kreissparkasse in der Berliner Straße aus einer Gruppe von Mitgliedern der verbotenen Kameradschaft »Sturm 27« tötlich angegriffen. Das Opfer wurde von vier Tätern derart zusammengeschlagen, dass er ein Hämatom im Auge erlitt, das stationär behandelt werden musste.

Quelle: Antifa Westhavelland

08.04.2006
Potsdam (Pdm) Zwei 15- und 16-jährige alternative Jugendliche wurden gegen 22 Uhr in der Karl-Liebknecht-Straße von vier Rechten im Alter von 15 bis 20 Jahren angegriffen und geschlagen. Auf dem Abmarsch riefen die Rechten »Heil Hitler«.

Quelle: MAZ, 11.04.06

07.04.2006
Rathenow (HVL) Gegen 23.55 Uhr wurden drei linksorientierte Jugendliche in der Berliner Straße, Ecke Bahnhofsstraße von einer größeren Gruppe Rechtsextremisten angegriffen. Einer der drei Jugendlichen wurde so mit der Faust ins Gesicht geschlagen, dass seine Lippe aufplatze und blutete.

Quelle: Antifa Westhavelland

31.03.2006
Falkensee (HVL) Ein alternativer Jugendlicher wurde gegen 19:50 Uhr in der Bahnhofsstraße, Ecke Poststraße, von einer Gruppe Rechter beleidigt und mit einer Flasche beworfen, die ihn am Hals traf.

Quelle: Antifaschistische Linke Falkensee

- 26.03.2006:** Der Briefkasten eines chinesischen Restaurants und Teile eines Holzzaunes eines italienischen Restaurants wurden von Unbekannten beschädigt.
Quelle: MAZ, 27.03.06
- 25.03.2006**
Blankenfelde (TF) Ein linker Jugendlicher wurde gegen 19.30 Uhr auf dem Regionalbahnsteig von sechs verummumten Rechten angegriffen. Das Opfer wurde geschlagen und auf die Gleise geworfen, wo die Täter weiter auf ihn eintraten. Er erlitt leichte Verletzungen.
Quelle: Antifa Teltow-Fläming
- 24.03.2006**
Neuruppin (OPR) Ein 27-jähriger Linker wurde von vier Rechten im Alter von 15 bis 20 Jahren in seiner Wohnung überfallen. Er erlitt Schläge mit einem Baseballschläger. Als Motiv gaben sie an, das Opfer habe sich negativ über die rechte Szene geäußert.
Quelle: ddp, 26.03.06, mopo, 27.03.06
- 18.03.2006**
Cottbus (CB) Gegen 2:45 Uhr trafen sieben spanische Studenten der BTU in der Nähe des Stadtwächters auf eine Gruppe Rechter. Aus dieser Gruppierung heraus erhielten zwei der Studenten plötzlich Faustschläge ins Gesicht.
Quelle: MAZ, 20.03.2006
- 18.03.2006**
Cottbus (CB) Ein 28-jähriger Mazedonier wurde gegen 2.30 Uhr in einem Nachtbus, der in Richtung Schmellwitz fuhr, durch zwei Rechte belästigt und im Bus hin und hergeschubst. Als der junge Mann an der Haltestelle »Neue Straße« den Bus verließ, folgten ihm ca. zehn Jugendliche und umringten ihn. Vermutlich mittels eines Schlagwerkzeuges wurde das Opfer zu Boden geschlagen. Der 28-jährige konnte sich wieder in den Bus retten. Das Opfer musste im Krankenhaus im Nasenbereich operiert werden.
Quelle: MAZ, 20.03.2006
- 17.03.2006**
Rheinsberg (OPR) Drei Rechte riefen vor dem Haus einer Vietnamesin, deren Geschäft ein Monat zuvor beschädigt wurde, Parolen wie »Ausländer raus«. Dann traten sie ein Kellerfenster des Hauses ein.
Quelle: ddp, 18.03.2006
- 11.03.2006**
Cottbus (CB) Zwei Asylbewerber aus dem Tschad wurden in einem Bus in der Nähe der Bushaltestelle Stadtpromenade gegen 0.45 Uhr von zwei 18- und 23-jährigen Rechten angegriffen. Einer der Afrikaner wurde so heftig getreten, dass er durch die Bustür auf die Straße flog. Als der zweite Afrikaner den Angreifer zur Rede stellen wollte, wurde er beschimpft und ins Gesicht geschlagen. Er zog sich dabei eine geschwollene Lippe zu.
Quelle: LR, PNN, BerlZ, ARI
- 19.02.2006**
Rathenow (HVL) Ein 15-jähriger Jugendlicher mit dunkler Hautfarbe wurde in der Nähe einer Diskothek am Heimstättenweg von zwei Rechten beschimpft. Anschließend sprühten sie ihm Pfefferspray ins Gesicht.
Quelle: Antifa Westhavelland

Pro Asyl Infoservice Nr. 109

Newsletter Nr. 109 Februar 2006, erhältlich unter www.proasyl.de

Inhalt: Allgemeine Meldungen:

- Diakonisches Werk: Perspektivwechsel in der Zuwanderungspolitik nicht erreicht
- Weiter Kritik am Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union
- Spezialberichterstatters der Vereinten Nationen Munoz fordert Streichung des deutschen Vorbehalts gegen die UN-Kinderrechtskonvention
- Forderungen zur Verbesserung der Situation von minderjährigen Flüchtlingen in Bayern vorgelegt
- Juristische Dissertation zur rechtlichen Situation von unbegleiteten Flüchtlingskindern erschienen
- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg nimmt Stellung zum ersten Bericht der baden-württembergischen Härtefallkommission

- Niedersachsens Petitionsausschuss restriktiv bei Härtefällen
- Flüchtlingsrat Niedersachsen legt umfassende Bewertung der niedersächsischen Flüchtlingspolitik vor
- Thüringen: 113 Ausländer haben dauerhaftes Bleiberecht bekommen
- Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Kettenduldungen abschaffen!
- Bleiberecht statt Ausreisezentrum!
- Dreizehn Monate nach dem Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh
- Preis für Zivilcourage für zivilen Ungehorsam gegen die Residenzpflichtregelung
- Suizidversuch in der Abschiebungshaftanstalt Berlin-Grünau
- Weniger Flüchtlinge am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen
- Rechtsberatung in Abschiebungshaft
- Behandlungsbedarf, Prognose und Suizidalität bei komplexen chronischen Traumastörungen
- Heft 1/2006 der Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht (ANA-ZAR) erschienen
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge veröffentlicht neuen Forschungsbericht zum Themenbereich „Illegalität“ in Deutschland
- amnesty international fordert Schließung des Folterlagers von Guantanamo
- Redenschreiber des Bundesaußenministers offenbar noch nicht in Hochform
- Was ist der „Markenkern“ der Bundesregierung?
- Noch mehr "Parallelaktion" ...
- Was macht eigentlich Otto Schily?

Herkunftslandbezogene Meldungen

- Afghanistan – Eritrea – Irak – Kosovo – Togo – Tschetschenien – Türkei

Europameldungen

- Human Rights Watch veröffentlicht Bericht über Tendenzen zur "Umgehung von internationalen Menschenrechtsverpflichtungen" – Ad hoc-Delegation des Europäischen Parlaments besuchte Libyen –
- Frankreich – Großbritannien – Italien – Niederlande – Slowakei

Newsletter Nr. 110 März 2006

Inhalt: Allgemeine Meldungen

- Deutsche Bischofskonferenz: Kritische Bilanz zum Zuwanderungsgesetz
- Kettenduldungen: UNHCR schlägt Gesetzesänderung vor
- Praktikererfahrungsaustausch zur Evaluierung des Zuwanderungsgesetzes
- Verfassungsbeschwerde gegen Hausverbot
- Abschiebungen von Ausländern auf dem Luftweg
- Rückführung afghanischer Flüchtlinge aus Hamburg und anderen Bundesländern
- Polizeilicher Großeinsatz zur Abschiebung einer schwerkranken Familie in Bad Schwartau gescheitert
- Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein protestiert gegen die Dauerkasernierung von Schutzbedürftigen in Schleswig-Holstein
- 3 Jahre Ausreisezentrum in Trier – Zeit zum Schließen!
- Auch ein Vater kann ‚Mutter‘ im ausländerrechtlichen Sinne sein
- Flüchtlingspolitik in Niedersachsen
- Jezidische Kurden werden in Niedersachsen verstärkt mit Widerrufsverfahren überzogen
- Niedersächsisches OVG: Duldung nach § 60a Abs. 2 Aufenthaltsgesetz in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 GG wegen drohender Suizidgefahr
- "Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge" in Bremen
- Jugendliche Asylsuchende ohne Bildungsperspektive
- Demonstration für die Aufklärung des Todes des sierra-leonischen Asylsuchenden Oury Jalloh

- Aktualisierte Auflage der Dokumentation "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" erschienen
- Bundesweiter Aktionstag für Bleiberecht und Kinderrechte
- Ergebnisse eines berufsethischen Lehrgangs der Bundespolizei
- Papst Benedikt kam aus der Tiefe des Raumes...

Herkunftslandbezogene Meldungen

- Algerien – Irak – DR Kongo – Kosovo – Sierra Leone – Sri Lanka / Tamilische Communities – Togo – Türkei

UNHCR stellt Online-Spiel über Flüchtlinge vor – 07 Mar 2006, Martin Link, FRSH, ml@frsh.de –

Berlin (ots) – Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) stellt heute ein neues Online-Spiel für Jugendliche ab 13 Jahren vor. Unter <http://www.LastExitFlucht.org> können Jugendliche selbst erleben, wie es Menschen auf der Flucht ergeht und wie es ist, sich als Asylsuchender in einem anderen Land zurechtfinden zu müssen. Das Spiel mit ergänzenden Materialien für den Unterricht wird zeitgleich in Deutschland, Österreich und der Schweiz vorgestellt.

Auf zwölf Stationen muss der Spieler lebenswichtige Entscheidungen treffen – oft unter Zeitdruck: Was nehme ich mit auf die Flucht? Was sage ich zu einem gewaltbereiten Soldaten beim Verhör? Welcher Weg führt mich gefahrlos aus der Stadt?

Wer Krieg, Verfolgung und Schlepper unversehrt überstanden und Asyl bekommen hat, muss dann in einem fremden Land ganz von vorn anfangen – ohne Sprachkenntnisse, ohne Freunde, ohne Job.

Zahlreiche Artikel mit Hintergrundinformationen ergänzen Last Exit Flucht. In Texten und Videosequenzen kommen Flüchtlinge selbst zu Wort, und es wird ein Einblick in die Situation in verschiedenen Ländern gegeben. Unter anderem können sich die Spieler über eine Reise von UNHCR-Sonderbotschafterin Angelina Jolie zu sudanesischen Flüchtlingen im Tschad informieren. Der dazugehörige Lehrerleitfaden macht Last Exit Flucht zu einem hilfreichen Unterrichtsmittel für Lehrer, sei es im Geographie-, Geschichts- oder Sozialkundeunterricht.

UNHCR schützt und unterstützt weltweit Flüchtlinge und ist für 19,2 Millionen Menschen weltweit zuständig. – Bildmaterial und Web-Banner sind auf Anfrage bei UNHCR erhältlich. –

Pressekontakt: Andreas Kirchhof, UNHCR Deutschland, Telefon: 030/20 22 02-15, Telefax: 030/20 22 02-23, Internet: www.unhcr.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Landesverband Brandenburg

PM 31 – 20.3.2006

Potsdamer Prozess wirft Schlaglicht auf Organisationsgrad und Gewaltbereitschaft von Rechtsextremen im Land

Vor dem Hintergrund des heutigen Urteils gegen fünf rechtsextreme Gewalttäter in Potsdam hat die Landesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KATRIN VOHLAND davor gewarnt, die Gefahr des organisierten Rechtsextremismus im Land zu unterschätzen. "Die von Rechtsextremen ausgehende Bedrohung darf nicht klein geredet und das Problem nicht bagatellisiert werden." KATRIN VOHLAND rief die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass Haushaltsmittel des Bundes zur Unterstützung des Engagements gegen den Rechtsextremismus nicht wie geplant gekürzt werden.

Sie appellierte zudem an die Brandenburgerinnen und Brandenburger bei öffentlichen Übergriffen Rechtsextremer Zivilcourage zu zeigen. "Gefragt ist eine `Kultur des Hinsehens und Einmischens'."

"Der Potsdamer Prozess wirft ein Schlaglicht auf eine stark organisierte und hochgradig gewaltbereite Szene. Bevor die heute Verurteilten aus einer Potsdamer Tram heraus zwei junge Männer überfielen und lebensgefährlich verletzten, waren sie auf dem Weg zu einer Art Kameradschaftstreffen Berliner und Brandenburger Neonazis. Sie sind Teil eines Geflechts rechtsextremer Kameradschaften, beziehungsweise der NPD und z.T. wegen einschlägiger Delikte wie Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole vorbestraft."

Weder der Verfolgungsdruck durch die Polizei, die Aufklärung in Schulen und durch Einrichtungen wie den neuen Verein 'Demokratie und Integration Brandenburg', noch das zivilgesellschaftliche Engagement des Einzelnen gegen den Rechtsextremismus dürfen nachlassen. "Der heutige Urteilsspruch in Potsdam verdeutlicht einmal mehr, dass die von der Bundesregierung ab 2007 geplante Kürzung von Mitteln zur Unterstützung des Engagements gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus unverantwortlich wäre. Sie bedroht die Existenz in jahrelanger engagierter und idealistischer Arbeit aufgebauten Projekte in den neuen Bundesländern."

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg – Tobias Arbinger – Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jägerstr. 18 14467 Potsdam Tel.: 0331-979 31 12 Fax: 979 31 19
www.gruene-brandenburg.de



Bitte bekannt machen, weiterleiten und teilnehmen!



Berlin & Brandenburg – 22.4.2006 – Bundesweiter Aktionstag für Bleiberecht und UNO-Kinderrechte

Demonstration für Bewegungsfreiheit, UNO-Kinderrechte und Bleiberecht am 22.04.2006

Die Glienicker Brücke ist Symbol für die Trennung Deutschlands. Auch im Jahre 2006 steht an dieser Stelle eine Mauer. Zahlreiche geduldete Flüchtlinge unterliegen einer Residenzpflicht, d.h. es wird ihnen vorgeschrieben, wo sie wohnen sollen und es ist ihnen verboten den Landkreis – wo sie gemeldet sind – zu verlassen. Für Brandenburger und Berliner Flüchtlinge heißt es, sie dürfen sich nicht besuchen und die Glienicker Brücke darf von ihnen nicht überschritten werden. Dieser Residenzpflicht unterliegen etwa 200.000 geduldete Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland, die in einem Gefängnis aus unsichtbaren Mauern leben.

Diese Mauern müssen weg! – In den Köpfen und in den Gesetzen!!!

Inzwischen sind alle diese Menschen, die seit langem hier leben, ein Teil von Deutschland, jedoch werden sie durch die menschenunwürdige Ausländerpolitik an den Rand dieser Gesellschaft gedrängt und leben in ständiger Angst vor der Abschiebung.

Wir fordern die PolitikerInnen auf, endlich die Kinder- und Menschenrechte umzusetzen und eine großzügige Bleiberechtsregelung für die in Deutschland lebenden Flüchtlinge zu verabschieden. Und bis dahin einen sofortigen Abschiebestopp zu beschließen.

Demonstriert mit uns für Bildungsfreiheit, Arbeitsrecht, Bewegungsfreiheit, UNO-Kinderrechte und Bleiberecht!

Treffpunkt für Berlin:

11:00 Uhr Weltzeit

Am Alexanderplatz

Treffpunkt für Potsdam:

12:30 Uhr

Am Hauptbahnhof

(Auftraktkundgebung)

Demonstration auf beiden Seiten der Glienicker Brücke um 13:30 Uhr

Für den unwahrscheinlichen Fall, dass die Residenzpflicht für Berlin und Brandenburg schon für diesen Tag aufgehoben wird, demonstrieren BerlinerInnen und BrandenburgerInnen gemeinsam in Potsdam. Treffpunkt ist 12:30 Uhr am Hauptbahnhof.

Unterstützt wir dieser Aufruf von: Jugendliche ohne Grenzen, Aktionsprogramm Hier Geblieben!, Flüchtlingsrat Berlin, Flüchtlingsrat Brandenburg, Bleiberechtsgruppe BBZ Berlin, FIB Berlin/ Brandenburg...

info@hier.geblieben.net, 24.3.2006

www.hier.geblieben.net

Bitte bekannt machen, weiterleiten und teilnehmen!

Demonstration für ein dauerhaftes Bleiberecht und die UNO – Kinderrechte einen Tag vor der Innenministerkonferenz am 4./5. Mai 2006 in Garmisch-Partenkirchen:

BLEIBERECHT

Aufruf zur internationalen Demonstration für ein dauerhaftes Bleiberecht der geduldeten Flüchtlinge und Migrant/innen

Mittwoch, 3. Mai 2006 17.00 Uhr München, Marienplatz anschließend Demo zum Bayerischen Innenministerium

August 2004, München: angeführt von einer Gruppe mutiger afrikanischer Frauen kämpfen Flüchtlingsfamilien gegen drohende Abschiebungen und für ein Bleiberecht in Deutschland. Für die Beteiligten war der Kampf ein Erfolg: Keine der langjährig in Deutschland lebenden Familien wurde abgeschoben, fast alle haben inzwischen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Doch nicht alle Familien erfüllten die vom Münchner Ausländeramt gestellten Bedingungen. Alleinstehende, Ehepaare ohne Kinder und selbst Jugendliche oder junge Erwachsene, die ohne Eltern minderjährig ins Bundesgebiet

eingereist waren, wurden von dieser Regelung gar nicht erst erfasst. Und weiterhin sind Familien außerhalb Münchens von Abschiebung bedroht, selbst wenn sie seit über 10 Jahren in Deutschland leben.

August 2004, Berlin: die Polizei holt die 13jährige Tania Ristic aus dem Schulunterricht, um sie nach Bosnien abzuschicken. Tania und ihrer Mutter gelingt es, in Deutschland zu bleiben, doch die Familie wird auseinandergerissen: der Vater und die 16jährige Schwester werden abgeschoben. Dieser Fall, nur ein alltägliches Beispiel für den Umgang der Behörden mit – teils jahrelang – geduldeten Jugendlichen und ihrer Eltern, ist der Beginn des Aktionsprogramms "Hiergeblieben!". Die Forderungen, die Tanias Schulfreund/innen stellten, finden mittlerweile in ganz Deutschland Unterstützung: Bleiberecht für die in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen und ihre Familien, Bleiberecht für Flüchtlinge, die als unbegleitete Minderjährige eingereist sind, Bleiberecht für Kriegsoffer und für Opfer rassistischer Angriffe (nähere Informationen zum Aktionsprogramm: www.hier.geblieben.net).

Als zuletzt am 19. Januar 2006 eine entsprechende Gesetzesinitiative der Opposition im Bundestag verhandelt wurde, waren die meisten Abgeordneten der Meinung, dass die Forderungen berechtigt sind. Doch wegen der derzeitigen politischen Konstellation konnte keine Mehrheit zustandekommen. Jetzt sind erneut die Innenminister von Bund und Ländern am Zug. Doch diese können sich

nicht einigen. Manch ein populistischer Innenpolitiker verspricht sich gute Wahlergebnisse durch eine rigorose Abschiebepolitik.

Wir rufen daher alle betroffenen Flüchtlinge und ihre Freund/innen, Nachbarn, Mitschüler/innen, Kommilitonen, Arbeitgeber und sonstige Unterstützer/innen und auch die Familien, die in den Genuss der 2004 erkämpften Münchner Bleiberegulung gekommen sind, dazu auf, sich solidarisch zu zeigen und gemeinsam für eine umfassende Bleiberegulung einzutreten. Das Bleiberecht geht alle etwas an.

INFORMATIONEN

Bayerischer Flüchtlingsrat 089/ 76 22 34, Münchner Flüchtlingsrat 089/123 900 96; Münchner Ausländerbeirat, Bayerischer Flüchtlingsrat, Münchner; Flüchtlingsrat e.V., Bundesfachverband Unbegleitete Minder-jährige; Flüchtlinge e.V., Karawanegruppe München, Initiative Afrika Zentrum e.V.; buntkicktgut – Interkulturelle Straßenfußballiga München, amnesty; international München – AK Asyl, amnesty international Schweinfurt; Friedensinitiative Christen in der Region München, Infogruppe Rosenheim; Ostturkestanische Union in Europa e.V., Freundeskreis für ausländische; Flüchtlinge Unterfranken, AK Asyl Kitzingen, Jesuiten-Flüchtlingsdienst; Bund der Türkischen und Islamischen Vereine e.V. München, REFUGIO München; Association des femmes togolaises en Allemagne e.V., Aktionsprogramm Hier Geblieben!, GRIPS Theater Berlin, Flüchtlingsrat Berlin; Bleiberechtsinitiative BBZ Berlin, Jugendliche ohne Grenzen, Ökumenischer Begegnungskreis Flüchtlingsfrauen – deutscher Frauen, Schweinfurt, Bündnis 90/Die Grünen KV München, In Via KoFiZa München, Jungsozialisten,

Landesverband Bayern, Fortsetzung folgt!

v. i.S.d.P.: Gisela Seidler, Rottmannstr. 11a, 80333 München

Der Aufruf steht demnächst auch auf englisch und französisch im Netz –
weitere Informationen unter: www.hier.geblieben.net
